

17.01.11

## **Prof. Dr. Michael Walter wird zum ersten Justizvollzugsbeauftragten im NRW-Strafvollzug ernannt**

**Düsseldorf:** Im Rahmen einer Dienstbesprechung im NRW-Justizministerium hatten alle Leiterinnen und Leiter der NRW-Justizvollzugsanstalten sowie der Vorstand des Hauptpersonalrats Justizvollzug als auch Vertreter der Gewerkschaften die Möglichkeit, den mit Wirkung zum 01.01.2011 durch NRW-Justizminister Kutschatj ernannten Justizvollzugsbeauftragten, Prof. Dr. Michael Walter, persönlich kennen zu lernen.

Mit der Bestellung eines Justizvollzugsbeauftragten wurde in Nordrhein-Westfalen erstmalig eine Institution geschaffen, die das Justizministerium in grundsätzlichen Angelegenheiten des Justizvollzuges, insbesondere bei dessen kontinuierlicher Fortentwicklung berät, und außerdem zugleich "Ombudsperson für den Strafvollzug des Landes NRW" ist. Jedermann kann sich mit Beschwerden, Anregungen, Beobachtungen und Hinweisen (Eingaben) unmittelbar an ihn wenden; dies gilt auch für Bedienstete des Strafvollzuges.

Im Rahmen eines ersten Gedankenaustauschs mit den Vollzugspraktikern wies Prof. Dr. Walter darauf hin, dass niemand einen Ausbruch oder Gewalt verhindern kann. Eine absolute Sicherheit kann ohne Verletzung der Menschenrechte nicht geschaffen werden.

Prof. Dr. Walter, 1944 geboren, studierte Rechtswissenschaften in München und Hamburg. Promotion 1970, nach dem zweiten Staatsexamen wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Jugendrecht der Universität Hamburg, Habilitation 1980; 1977 bis 1984 Professor an der Universität Hamburg, seit 1984 Professor an der Universität in Köln und Direktor des Kriminologischen Instituts; Lehr- und Forschungsaufenthalte unter anderen an den Universitäten in Berkeley (USA) und Rovaniemi (Finnland), verschiedene Tätigkeiten in der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V.; Mitarbeit in wissenschaftlichen und kriminologischen Gremien, unter anderen in der Sanktionenkommission der Bundesregierung (1998) und von 2002 bis 2006 Vorsitzender des Landespräventionsrats von NRW.

**BSBD**-Landesvorsitzender Klaus Jäkel gratulierte dem neuen Justizvollzugsbeauftragten zu seiner Ernennung und sicherte Prof. Dr. Walter die Unterstützung des **BSBD** und dessen Mandatsträger zu. "Die Bediensteten im NRW-Strafvollzug haben hohe Erwartungen an den Justizvollzugsbeauftragten und sehen in Ihnen, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Walter, einen kompetenten Ansprechpartner für die vielen Probleme vor Ort", so Jäkel.

## Flucht aus der JVA Bochum - Strafvollzugsbedienstete weisen Vorwürfe zurück

Düsseldorf: Die Flucht eines 26-jährigen Untersuchungsgefangenen aus der Justizvollzugsanstalt Bochum hat in der Sitzung des Rechtsausschusses im Landtag NRW dazu geführt, dass NRW-Justizminister Kutschaty das Parlament auf Fehler und Versäumnisse in der JVA hingewiesen hat, die die spektakuläre Flucht begünstigt haben sollen. So werde auch durch die Staatsanwaltschaft gegen Unbekannt wegen des Verdachts auf Gefangenenbefreiung ermittelt.

Von diesen Mitteilungen zeigen sich die Bochumer Strafvollzugsbediensteten enttäuscht. "Seit Jahren wird die JVA durch Vertreter des Justizministeriums ständig besucht und auf Schwachstellen kontrolliert. Verletzungen der Dienstpflicht oder Lücken bei der Sicherheit wurden wegen der jetzt erhobenen Vorwürfe zu keinem Zeitpunkt festgestellt bzw. näher konkretisiert", so der **BSBD OV-Vorsitzende Rainer Fregonese** gegenüber der Presse. "Mit entsprechender Personalausstattung lassen sich alle Gefangenen besser kontrollieren, nur dieses Personal hat die JVA Bochum leider nicht", so Fregonese weiter.

Auch die nicht mehr bewohnten und demnächst zum **Abriss anstehenden Dienstwohnungen** sind vom Justizministerium initiiert worden. Hier hatte der **BSBD** zusammen mit den Bochumer Strafvollzugsbediensteten gravierende Sicherheitsbedenken erhoben und durch eine lautstarke Demonstration medienwirksam auch auf die daraus resultierende Gefährdung der Bevölkerung hingewiesen. "**Wären die Wohnungen noch bewohnt, hätte diese Entweichung nicht erfolgen können.** Diese wäre sofort entdeckt worden", so Fregonese. Darüber hinaus ist die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft im gegenwärtigen Stand der Ermittlungen auch gegen Unbekannt wegen des Verdachts auf Gefangenenbefreiung ermittelt, normal und richtig aber keineswegs ein Indiz dafür, dass auch tatsächlich der entwichene Gefangene eine Unterstützung durch Dritte erfahren hat.

**BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel** betonte gegenüber der Presse, dass die Strafvollzugsbediensteten in der JVA Bochum seit vielen Jahren unter widrigsten Verhältnissen tagtäglich sehr schwere Aufgaben für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes wahrnehmen aber leider nicht die notwendige Anerkennung finden. Wenn bei ca. 280 verfügbaren Bediensteten im allgemeinen Vollzugsdienst seit Monaten zwischen 11 und 15 % erkrankt seien und zudem rd. 24.000 Mehrarbeitsstunden zu verzeichnen sind, wird klar, welche Arbeitsverdichtung in dieser mit hochbrisanten Gefangenen belegten JVA bestehen.

**Jäkel wies dabei auf Aussagen des kürzlich durch NRW-Justizminister Kutschaty vorgestellten Justizvollzugsbeauftragten Prof. Dr. Walter hin, der bei seiner Amtseinführung u.a. ausgeführt hat, dass ein Ausbruch oder Gewalt in einer JVA nicht verhindert werden kann. Eine absolute Sicherheit kann ohne Verletzung der Menschenrechte nicht geschaffen werden.**

Eine Verletzung der Menschenrechte wollen auch die Strafvollzugsbediensteten in der JVA Bochum nicht aber sie erwarten eine politische und ministerielle Unterstützung wenn es darum geht, bauliche oder personelle Engpässe zu beseitigen. "**Bleibt zu hoffen, dass das Justizministerium nach nun schon achtmonatiger Vakanz für den im Juni letzten Jahres verstorbenen Anstaltsleiter LRD Köster endlich einen neuen Anstaltsleiter für die JVA Bochum bestellt**", so Jäkel.

09.02.11

## Hohe Haftstrafen für alle Beteiligten des Ausbruchs aus der JVA Aachen - Gericht blieb mit der Verurteilung weit unter dem Antrag der Staatsanwaltschaft

Aachen: Die beiden Strafgefangenen Michael Heckhoff und Peter Paul Michalski sowie der 41-jährige Strafvollzugsbeamte Michael K., der den beiden Gefangenen zur Flucht verholfen hatte, wurden heute zu hohen Haftstrafen verurteilt. Heckhoff wurde zu zehn Jahren und Michalski zehn Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Bei beiden Gefangenen wurde zudem die anschließende Sicherungsverwahrung angeordnet. Der JVA-Bedienstete erhielt eine Freiheitsstrafe von vier Jahren und drei Monaten.

Am 26. November 2009 gelang den Strafgefangenen Heckhoff und Michalski ein spektakulärer Ausbruch aus der JVA Aachen der maßgeblich durch einen Strafvollzugsbeamten unterstützt wurde. Nach tagelanger Flucht, mehreren Geiselnahmen, Diebstählen usw. konnten die Gefangenen nach einem in seiner Größenordnung einmaligen Polizeieinsatz in Nordrhein-Westfalen wieder festgenommen werden.

In dem nun seit Mitte letzten Jahres laufenden Prozess wurden seitens der Gefangenen Heckhoff und Michalski immer wieder die Zustände und Abläufe in der JVA Aachen kritisiert. Diese seien ursächlich für ihre Flucht gewesen. Im Verlauf des Prozesses versuchten die beiden Gefangenen allerdings auch das Gericht davon zu überzeugen, dass sie nun "bessere Menschen" geworden seien. Falls sie nun erneut zu hohen Haftstrafen verurteilt würden, sei ihre Leben ohne Perspektiven. Diese Hinweise vermochte das Gericht offensichtlich nicht anzuerkennen sondern stützte sich mehr auf die Feststellungen der Gutachter, die die Gefangenen auch weiterhin für gefährlich einstufen.

Für den Strafvollzugsbeamten Michael K. beginnt nun eine neue "Karriere!" im Strafvollzug, allerdings hinter den verschlossenen Türen. "Mit seinem Handeln hat dieser ehemalige Bedienstete einen ganzen Berufsstand in Misskredit gebracht und leichtfertig das Leben und die Gesundheit seiner Kolleginnen und Kollegen gefährdet. Darüber hinaus hat er den gesamten NRW-Strafvollzug negativ belastet", so **BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel** heute gegenüber Presse, Funk und Fernsehen.



dbb



# Auf nach Düsseldorf!

## Tarif- und Besoldungsrunde der Länder 2011

- ▶ Kein Abkoppeln der Angestellten und Beamten vom Wirtschaftsaufschwung und den Tarifentwicklungen in der Privatwirtschaft!
- ▶ Wir sind nicht die Sparschweine der Länder!
- ▶ Wir wehren uns gemeinsam gegen die Blockadepolitik der Länderarbeitgeber!

**wir** machen das.  
**Wer sonst?**

**Wir leben in einem reichen Land – Aufschwung für alle!  
Auch für den öffentlichen Dienst!**

## Gemeinsame Demo am am 1. März 2011 in Düsseldorf

- Die Gewerkschaften fordern eine spürbare Einkommensverbesserung (50,00 € plus 3 Prozent) für alle Länder-Beschäftigten und Auszubildenden!
- Die Gewerkschaften fordern die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten der Länder und Kommunen!
- Die Gewerkschaften fordern die Weiterentwicklung der Entgeltordnung und insbesondere die erstmalige tarifliche Regelung einer Eingruppierung der Lehrerinnen und Lehrer!

**12.30 Uhr** Demozug vom DGB-Haus / Friedrich-Ebert-Straße  
zum Landtag NRW

**Demozug von der Jägerhofstraße zum Landtag  
NRW**

**13.30 Uhr** Kundgebung vor dem Landtag NRW mit:

- **Andreas Meyer-Lauber, DGB NRW**
- **Frank Stöhr, dbb**
- **Frank Bsirske, ver.di**
- **Meinolf Guntermann, dbb nrw**

**FPD stellt "Zwangsoouting" von HIV-infizierten Gefangenen infrage - BSBD sieht eine Gefahr für die Bediensteten aber auch gesunder Gefangener**

Düsseldorf: Mit einem Antrag vom 15.02.2011 – Drucksache 15/1324 – will die FDP-Landtagsfraktion das "Zwangsoouting" von HIV-infizierten Gefangenen in den NRW-Justizvollzugsanstalten beenden und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung stärken. Mit diesem Antrag beschäftigt sich der Landtag NRW heute mit dem voraussichtlichen Ergebnis, den Antrag an den Rechtsausschuss sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration zu überweisen.

Im Jahre 1988 wurde von der damaligen SPD-geführten Landesregierung angeordnet, dass HIV-positive Gefangene gegenüber Bediensteten ihre Erkrankung angeben müssen. Ursache war, dass z.B. dies bei einer Verlegung in Gemeinschaftshafräumen berücksichtigt werden sollte um die gesunden Mitgefangenen über die Erkrankung zu informieren oder aber auch sonstige Umschlusspartner vor einer Infektion zu schützen. Auch der Schutz der Bediensteten sollte damit maßgeblich berücksichtigt werden.

Der **BSBD** sieht in dem jetzigen dreiseitigen Antrag der FDP einen gravierenden Eingriff in die Fürsorgepflicht des Dienstherrn. In lediglich einem Satz erwähnt die FDP die Rechte der anderen Insassen und Bediensteten, die im Rahmen einer Abwägung zu achten sei. **"Wo bleibt die Fürsorgepflicht bei einer Verletzung eines Bediensteten durch einen ihm unbekanntem HIV-infizierten Gefangenen, sei es bei körperlichen Auseinandersetzungen oder bei lebensrettenden Maßnahmen", so der BSBD-Landesvorsitzende Klaus Jäkel gegenüber der Presse. Welche Todesangst überfällt einen Bediensteten, der nach einer Verletzung wochenlang auf ein ärztliches Ergebnis warten muss mit der evtl. Folge, dass nach einer Ansteckung der Dienstherr sodann auch noch versuchen wird, sich seiner Alimentationspflicht mit Ausreden zu entziehen?**

Allein in den Jahren 2004 bis 2006 gab es mehr als 2.000 gewalttätige Auseinandersetzungen unter den in NRW einsitzenden Gefangenen. Wer schließt aus, dass in den Hafträumen bei zunehmendem Personalmangel und mangelnder Kontrollen keine Vergewaltigungen mehr passieren durch die sich gesunde Gefangene infizieren können? 90 Prozent aller HIV-Infektionen werden beim Sex übertragen. Auch bei einem freiwilligen Verkehr untereinander kann bei einer Verschwiegenheit einer AIDS-Erkrankung eine Infektion erfolgen, die strafrechtlich relevant ist. Welche Regressansprüche können gegenüber dem Staat eintreten, wenn durch AIDS-infizierte Gefangene gesunde Gefangene angesteckt werden? Die Schlagzeilen in der Presse werden unüberhörbar sein!

**"Dem Schutz der JVA-Bediensteten und der nicht HIV-infizierten Gefangenen gehöre aber ein besonderes Augenmerk", betonte der Pressesprecher des NRW-Justizministeriums, Herr Hermanski. Noch kürzlich hat NRW-Justizminister Kutschay zur Amtseinführung der Leiterin der JVA Wuppertal u.a. gesagt: " Auf die Vollzugsbediensteten ist Verlass – nicht nur dann, wenn es drauf ankommt". Diesen Verlass erwarten die Bediensteten nun auch von ihrem Justizminister!**

14.03.11

## **G e s c h a f f t ! - Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder - BSBD verhandelt nun über eine Anhebung der Übergangszahlung für Justizvollzugsbedienstete**

Düsseldorf: Nach zähen Verhandlungen ist am 10.03.2011 eine Einigung im Tarifstreit bei den Verhandlungen für die Beschäftigten der Länder zustande gekommen. In einer ersten Stellungnahme bewertete der **BSBD**-Landesvorsitzende Klaus Jäkel das Ergebnis zurückhaltend: "Es ist ein vertretbarer Kompromiss der allerdings durchaus hätte mehr sein können!"

### **Die Tarifeinigung im Einzelnen:**

Die Tabellenentgelte werden wie folgt erhöht:

- a) Ab 01. April 2011 um **1,5 v.H.** und
- b) ab 01. Januar 2012 um weitere **1,9 v.H.** sowie anschließend **17 Euro**.
- c) Beschäftigte der Entgeltgruppen 1 bis 15, die für April 2011 Bezüge aus dem Arbeitsverhältnis erhalten, wird schnellstmöglich, spätestens zum 31. Mai 2011, eine Einmalzahlung von **360 Euro** gezahlt. Teilzeitbeschäftigte erhalten den Teilbetrag der Einmalzahlung, der dem Verhältnis der mit ihnen am 01. April 2011 vereinbarten durchschnittlichen Arbeitszeit zu der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines entsprechenden Vollzeitbeschäftigten entspricht. Die Einmalzahlung ist bei der Bemessung sonstiger Leistungen nicht zu berücksichtigen.  
Für Auszubildende beträgt der Einmalzahlung **120 Euro**.
- d) Zur Übergangszahlung für Beschäftigte im Justizvollzugsdienst der Länder nach § 47 Nr. 3 TV-L werden Tarifgespräche aufgenommen. **(Hier wird der BSBD berufen sein, Verhältnisse zu schaffen, die die betroffenen Beschäftigten vor einer Hartz IV Situation schützen)**
- e) Auf landesbezirklicher Ebene können Tarifverhandlungen zur Altersteilzeitarbeit im Rahmen der Vorgaben des Altersteilzeitgesetzes geführt werden.
- f) Mindestlaufzeit der Regelung bis zum 31. Dezember 2012.

**Bereits am 11. 03.2011 hat die BSBD Landesleitung im Landtag NRW Gespräche zur Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich geführt. NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans sagte zu, dass dieser Abschluss nun wirkungsgleich auf den Beamtenbereich übernommen werden soll.**

In diesem Zusammenhang hat die **BSBD**-Landesleitung erneut, und zwar mit Nachdruck, die Zusage der Landesregierung bzgl. der **Ruhegehaltsfähigkeit der Gitterzulage** eingefordert. Dabei müssen auch alle Beamten nachträglich berücksichtigt werden, die zwischenzeitlich in den Ruhestand getreten sind.

Darüber hinaus fordert der **BSBD** eine **Gefahrenzulage** für alle Strafvollzugsbediensteten deren Berechtigung im politischen Raum zunehmend an Zustimmung erfährt.

**Die Strafvollzugsbediensteten erkennen landesweit,**

**der BSBD denkt nicht nur nach, sondern Vor!**

## **BSBD-Landesausschuss erwartet personelle und vollzugliche Weiterentwicklungen im NRW-Strafvollzug - Tarifvertreter Erwin Rosengart begrüßt Tarifverhandlungen für Strafvollzugsbedienstete**

Hagen: Anlässlich der diesjährigen Sitzung des BSBD-Landesausschusses in Hagen wurde deutlich, die BSBD-Mandatsträger erwarten nun endlich die Umsetzung politischer Zusagen anlässlich der letzten Landtagswahlen. Vor allem die von NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft erfolgte Ankündigung bezüglich der erneuten Ruhegehaltsfähigkeit der Gitterzulage muss nun endlich realisiert werden.

Noch ganz im Zeichen der gerade erfolgten Tarifeinigung für die Beschäftigten in Bund und Ländern nahmen alle Teilnehmer mit großem Interesse die dazu erfolgten Ausführungen des **BSBD-Tarifexperten Erwin Rosengart** zur Kenntnis. „Die Verhandlungen hätten sicherlich auch noch Spielraum nach oben gehabt. Insgesamt kann man aber mit dem Gesamtergebnis zufrieden sein,“ so Erwin Rosengart. Mit besonderer Genugtuung wies der Gewerkschafter darauf hin, dass nun endlich auch einer durch ihn persönlich immer wieder erhobenen Forderung Rechnung getragen wird, als für die Übergangszahlung bei den Beschäftigten im allgemeinen Vollzugsdienst der Länder Tarifgespräche aufgenommen werden. **„Mit diesen Verhandlungen bleibt vielen betroffenen Beschäftigten nach ihrer Pensionierung ein Hartz IV Niveau erspart,“** so Rosengart.

**„Die Beamten des Landes NRW gehen nun davon aus, dass dieses Verhandlungsergebnis zeitnah und wirkungsgleich übernommen wird,“**, so der **BSBD-Landesvorsitzende Klaus Jäkel**, der unmittelbar nach der Tarifeinigung erste recht positive Gespräche im NRW-Landtag geführt hat. Darüber hinaus erwarten die NRW-Strafvollzugsbediensteten endlich die Realisierung einer Gefahrenzulage, die auch der *dbb-nrw* in seinen Haushaltsanmeldungen erhoben hat. **„Die besondere Gefährdung der Strafvollzugsbediensteten lässt keine Alternative offen, wir erwarten diese Zulage,“** so der **stv. BSBD und dbb-Vorsitzende Wolfgang Römer**.

Neben vielen für die Fachschaftsvertreter interessante Informationen zu den einzelnen Laufbahnen wurden die Teilnehmer auch über den laufenden Stand der **Einführung einer neuen Dienstkleidung** informiert. Danach steht fest, die mit einer über drei Jahre vorgesehene Übergangszeit für die blaue polizeiähnliche Dienstkleidung ohne Rangabzeichen erfolgt nicht über eine Kleiderkammer, sondern durch einen noch im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung zu findenden Dienstkleidungsausstatter. Hinsichtlich der finanziellen Bezuschussung durch das Land NRW soll der Dienstkleidungszuschuss in der bisherigen gleichen Höhe nur noch bargeldlos zur Verfügung gestellt werden. Beim Kauf eines Kleidungsstücks wird der Zuschuss mit den angefallenen Kosten sodann verrechnet. Hier besteht allerdings noch Klärungsbedarf dem der **BSBD** jedoch positiv entgegensieht.

Der Fachschaftsvertreter des technischen Dienstes (Werkdienst), Koll. Jörg Winkens, der sich seit Jahren mit großem Engagement den Problemen dieser Laufbahn widmet, kritisierte die zunehmende Privatisierung im NRW-Strafvollzug durch das Berufsförderungswerk des DGB oder des Kolpingwerks. **„Wir können die Aufgaben in diesem Bereich besser und für die Gefangenen erfolgreicher absolvieren. Wir brauchen mehr Bedienstete im technischen Dienst,“** so Winkens. **BSBD-Landesvorsitzende Klaus Jäkel** sagte zu, dass die Landesleitung dieses Problem sehr ernst nimmt und dies auch auf politischer Ebene zur Diskussion stellen wird.

25.03.11

## **Besoldungserhöhung so gut wie sicher! - Auch CDU will dem Regierungsentwurf zustimmen**

**Düsseldorf:** Die tatsächliche 1 : 1 Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten und Versorgungsempfänger in Nordrhein-Westfalen kann schon recht bald erfolgen. NRW-Finanzminister Walter-Borjans hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der schnellstmöglich verabschiedet werden soll, ohne von Haushaltsberatungen oder Diskussionen zu Neuwahlen verzögert zu werden.

Im Rahmen eines beschleunigten Anhörungsverfahrens hat der Deutsche Beamtenbund sich mit der sofortigen Übernahme einverstanden erklärt, sodass die Landesregierung den Gesetzentwurf bereits am 22.03.2011 in den Landtag eingebracht hat.

In Gesprächen mit der CDU-Landtagsfraktion hat die **BSBD**-Landesleitung Kenntnis davon erhalten, dass die CDU dem Gesetz der Landesregierung zustimmen wird. Damit ist sichergestellt, dass der Landtag am 31.03.2011 das Gesetz auch verabschieden wird.

**Danach erhalten Beamte eine Einmalzahlung von 360 EUR; Anwärter in Höhe von 120 EUR und Versorgungsempfänger in Höhe des Betrages, der sich nach dem Ruhegehaltssatz von 360 EUR .**

Grundgehälter, Familienzuschlag, Amtszulagen nach Nr. 27 der Besoldungsordnungen A+B sowie bestimmte andere Zulagen und die Anwärtergrundbeträge erhöhen sich ab dem 01.04.2011 um 1,5% und ab dem 01.01.2012 noch einmal um 1,9%. Anschließend werden die Bezüge um **17 EUR** und für Anwärter um **6 EUR** als Sockel angehoben.

**Die Anpassung der Versorgung erfolgt unter der Verminderung des Ruhegehaltssatzes nach § 69a Abs. 4 Satz 1 des Beamtenversorgungsgesetzes (31.08.2006).**

30.03.11

## **Warnstreik im deutschen Strafvollzug!!! - Kötter Mitarbeiter legen in der JVA Burg die Arbeit nieder**

Düsseldorf: 20 Mitarbeiter der Firma Kötter haben sich am Montag dieser Woche an einem Warnstreik beteiligt und die Arbeit in der JVA Burg ruhen lassen, so verschiedene Presseberichte der letzten Tage. "Nun ist es soweit! Wir haben immer vor solchen Entwicklungen gewarnt, aber die Politik war taub," so *BSBD*-Landesvorsitzender Klaus Jäkel heute gegenüber der Presse. "Schwarze Sheriffs gehören nicht in eine Justizvollzugsanstalt!"

Kaum zu glauben aber wahr! Streik in einem deutschen Gefängnis. Bislang sind solche Horrormeldungen nur aus dem Ausland bekannt. Jetzt geht es auch in Deutschland los, allerdings nicht durch die Strafvollzugsbeamten sondern durch die Schwarzen Sheriffs die insbesondere durch die sog. unseligen PPP-Projekte in den Strafvollzug gelangten.

Gefordert wird durch die Mitarbeiter der Firma Kötter ein Entgelt- und Manteltarif, der sich am Tarifvertrag der Länder orientiert. Damit sollen die Unterschiede in den Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen schrittweise ausgeglichen werden. So betrage der Unterschied in der Bezahlung bis zu 280 EURO im Monat.

**Die Schwarzen Sheriffs würden die gleichen Tätigkeiten wie die Justizvollzugsbediensteten des öffentlichen Dienstes leisten, hätten aber schlechtere Arbeits- und Lohnbedingungen, so eine ver.di Fachbereichsleiterin.**

***BSBD*-Landesvorsitzender Klaus Jäkel widersprach den Aussagen der ver.di Gewerkschafterin. Selbstverständlich nehmen die Mitarbeiter der Firma Kötter einzelne Bewachungsaufgaben wahr, hätten aber keineswegs eine so hochqualifizierte Ausbildung wie die Strafvollzugsbeamten und dementsprechend sei auch die Zuweisung der Aufgaben grundlegend in ihrem Ausmaß von denen der Beamten zu unterscheiden.**

Die *BSBD*-Bundesleitung hatte bereits im letzten Jahr in der JVA Burg vor Ort ein Bild von den täglichen Abläufen der teilweise durch die Firma Kötter betriebenen Einrichtung gewinnen und anschließend mit der Justizministerin diskutieren können. **Dort liegt der monatliche Nettoverdienst der durch einen Subunternehmer der Firma Kötter tätigen Mitarbeiter bei rund 1.100 EURO.** Nach Angaben des *BSBD*-Bundesvorsitzenden Anton Bachl müssen die im Bereich Sicherheit tätigen Mitarbeiter **monatlich etwa 190 bis 200 Stunden arbeiten, um in einer Sechs-Tage-Woche auf einen annähernd akzeptablen Lohn zu kommen, ein Freizeitausgleich wird dem Vernehmen nach gar nicht gewährt, weil die Betroffenen auf die Auszahlung der Überstunden finanziell angewiesen sind!**

02.05.11

## **"Nahtlose" Übernahme aller Anwärterinnen und Anwärter nach bestandener Laufbahnprüfung gesichert - BSBD fordert Weiterzahlung der Anwärtersonderzuschläge**

**Düsseldorf:** Nach in den letzten Wochen entstandenen Irritationen hinsichtlich der gesicherten Übernahme aller Anwärter/Innen nach bestandener Laufbahnprüfung im allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst hat das Justizministerium nach intensiven Gesprächen mit dem BSBD nun mitgeteilt, dass die "nahtlose" Übernahme dieser Anwärterinnen und Anwärter als Justizvollzugsobersekretäre/Innen z.A. gesichert ist.

In verschiedenen NRW-Justizvollzugsanstalten waren wiederholt Zweifel laut geworden, dass mangels zur Verfügung stehender Stellen eine vollständige Übernahme aller Anwärter/Innen im mittleren Dienst nach bestandener Laufbahnprüfung ab Juli d.J. nicht möglich sein wird. Dies hatte bei den betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu großen Sorgen Anlass gegeben und gerade während der laufenden Prüfungsarbeiten zu hohen psychischen Belastungen geführt. **Nach intensiven Gesprächen mit der Justizadministration kann BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel nun zufriedenstellend zur Kenntnis nehmen, dass nach Mitteilung des Justizministeriums für alle Anwärter/Innen entsprechende Stellen zur Verfügung stehen.**

**Im Rahmen dieser, für alle Anwärter/Innen wichtigen Entscheidungen hat der BSBD erneut die Weiterzahlung des Anwärtersonderzuschlags über den 31.12.2011 hinaus eingefordert.**

Das NRW-Finanzministerium hatte im letzten Jahr den Forderungen des **BSBD** entsprochen und sich mit der befristeten Fortsetzung der Zahlung des Anwärtersonderzuschlages an Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes in der bisherigen Form befristet bis zum 31.12.2011 einverstanden erklärt.

Der **BSBD** hat darauf hingewiesen, dass sich bei einer evtl. Einsparung dieser Zuschläge die personelle Situation in den NRW-Justizvollzugsanstalten infolge des starken Mangels an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern weiter verschlimmern würde, zumal sich die sich ständigen wiederholten Forderungen einiger Politiker nach Beschneidung von angeblichen "Beamtenprivilegien" immer mehr auf die Gewinnung geeigneter Nachwuchskräfte für die Strafvollzug auswirken.

13.05.11

## **Irrungen und Wirrungen um eine neue Dienstkleidung im NRW Strafvollzug! - NRW-Strafvollzugsbedienstete rätseln über ihr zukünftiges Outfit!**

Düsseldorf: 2007 ergriff die damalige NRW-Justizministerin Müller-Piepenkötter die Initiative, für die NRW-Strafvollzugsbediensteten eine neue Dienstkleidung einzuführen. "Was halten Sie von einer blauen Kleidung in Anlehnung an die Polizei", so die damalige Frage der Ministerin an den BSBD-Landesvorsitzenden Klaus Jäkel, der diese Überlegungen grundsätzlich begrüßte. Nun, nach vier Jahren erwartungsvoller Hoffnungen seitens der NRW-Strafvollzugsbediensteten und mühevoller Aktivitäten im NRW-Justizministerium, scheinen sich bahnbrechende Reformen anzukündigen!

Kein anderes Thema teilt die Meinungen der NRW-Strafvollzugsbediensteten so sehr, wie das Outfit einer neuen Dienstkleidung, die in den letzten vierzig Jahren von großen Änderungen stets verschont geblieben ist. Eine eins zu eins Übernahme der NRW-Polizeiuniform war die Ausgangsplanung des NRW-Justizministeriums, die allerdings bei genauer Betrachtung bzgl. des Bekleidungs-Repertoires auf eine Schalspur zurückgeführt wurde. Bislang gibt es Entwürfe und Überlegungen, aber noch keine endgültige Klärung über die letztendliche Einführung, zumal der Hauptpersonalrat Justizvollzug dazu im Rahmen der personalvertretungsrechtlichen Beteiligung noch keine endgültige Beteiligung erfahren hat.

**Insoweit erfüllt es viele NRW-Justizvollzugsbedienstete mit Staunen, welche unterschiedlichen Varianten bzgl. der Einführung dieser Kleidung incl. einer professionellen bildhaften Darstellung seitens des NRW-Justizministeriums zumindest intern verkündet werden. Uniform ja, Uniform nein! Dienstkleidung ja, Dienstkleidung nein! Amtsabzeichen ja, Amtsabzeichen nein! Kleiderkammer ja, Kleiderkammer nein! Gleiche Kleidung für alle ja, gleiche Kleidung für alle nein! Gemeinsame Einführung der Kleidung ja, gemeinsame Einführung der Kleidung nein! Übergangszeit von drei Jahren, ja, Übergangszeit von drei Jahren, nein (z.Zt. nur maximal bis zum 31.12.2014, obwohl die westfälischen Justizvollzugsanstalten eine Umstellung erst in 2014 erfahren sollen)!**

Zahlreiche Nachfragen bei den BSBD-Mandatsträgern können derzeit nur eingeschränkt einer Klärung zugeführt werden, da die Federführung ausschließlich im NRW-Justizministerium liegt.

Der BSBD wird die NRW-Strafvollzugsbediensteten über den weiteren Werdegang weiter umgehend informieren.

30.05.11

## **Großartiger Wahlerfolg für den BSBD - BSBD-Wahlergebnis für die Jugend- und Auszubildendenvertretungen nicht zu überbieten**

Düsseldorf: "Ein besseres Ergebnis können wir nicht erwarten," so **BSBD**-Landesvorsitzender Klaus Jäkel nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die Jugend- und Auszubildendenvertretungen im NRW-Strafvollzug.

Sachkompetenz, Verlässlichkeit und Engagement werden bei den Strafvollzugsbediensteten in Nordrhein-Westfalen von den **BSBD**-Mandatsträgern erwartet und gerade in schwierigen Zeiten eingefordert. Einen solchen erneuten Vertrauensbeweis, der nicht mehr zu überbieten ist, erhielten nun die **BSBD**-Mandatsträger für die Wahlen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen im NRW-Strafvollzug.

Für die Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung im NRW-Justizministerium war eine Persönlichkeitswahl erforderlich, da nur der **BSBD** Kandidatinnen und Kandidaten gemeldet hatte.

Hier erhielten folgende Kolleginnen und Kollegen die meisten Stimmen:

- **OWM-Anw. Stefan Verboket von der JVA Heinsberg**
- **JVOS-Anw. Dominik Gaillard von der JVA Heinsberg**
- **JVOS-Anw. Denny Gimmerthal von der JVA Aachen**
- **JVOS Alexander Wormann von der JVA Bielefeld-Brackwede**
- **JVOS-Anw.in Jennifer Eitelgörge von der JVA Willich I**

Bei den Ergebnissen für die Wahlen der örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretungen ergibt sich ein ähnliches Bild. Auch hier waren überwiegend Persönlichkeitswahlen erforderlich, weil die gewerkschaftliche "Konkurrenz" erst gar nicht angetreten war.

Der **BSBD** beglückwünscht alle gewählten JAV-Vertreter zu dem überragenden Ergebnis und wünscht ihnen viel Erfolg bei ihren vielfältigen und verantwortungsvollen Aufgaben. Gleichzeitig geht ein herzliches Dankeschön an die Kandidatinnen und Kandidaten sowie an alle, die durch ihren Einsatz und ihre Überzeugungskraft zu dem großartigen Ergebnis beigetragen haben.

21.06.11

## Zwangsouting in den NRW-Justizvollzugsanstalten - BSBD mit zwei Vollzugsexperten im Rechtsausschuss vertreten

Düsseldorf: Am 22. Juni 2011 findet im Rechtsausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen im Rahmen einer öffentlichen Sitzung ein Sachverständigengespräch zum Thema "Zwangsouting HIV-infizierter Gefangener in den NRW-Justizvollzugsanstalten" statt. Ursächlich ist ein Antrag der FDP-Landtagsfraktion unter Federführung des Rechtspolitischen Sprechers der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Robert Orth, mit dem Ziel, das Zwangsouting in den NRW-Justizvollzugsanstalten zu beenden und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu stärken!



Joe Bausch

Mit zwei anerkannten Vollzugsexperten wird der **BSBD** bei diesem Sachverständigengespräch vertreten sein. **Jo Bausch**, durch seine regelmäßigen Auftritte in der WDR-Krimiserie "Tatort" als Gerichtsmediziner bekannt, wird als **BSBD**-Fachschaftsvertreter für den ärztlichen Dienst zusammen mit **Guido Schäferhoff**, **BSBD**-Vorsitzender in der JVA Werl, die zahlreichen Fragen die die Teilnehmer zuvor schriftlich beantwortet haben, nochmals mündlich begründen.

Die **BSBD**-Landesleitung hat bereits im Vorfeld dieser Anhörung in Gesprächen mit **NRW-Justizminister Kutschaty** und **Staatssekretärin Dr. Mandt** darauf hingewiesen, dass die Fürsorgepflicht gegenüber den NRW-Strafvollzugsbediensteten aber auch gegenüber den gesunden Gefangenen nicht unberücksichtigt bleiben darf.

Neben körperlichen Auseinandersetzungen zwischen den Gefangenen oder sog. "häuslichen Unfällen" (z.B. Putzen des Haftraumes, Ungeschicklichkeiten usw.) gibt es eine Reihe weiterer Situationen, in denen es zu Platzwunden mit Blutverlust kommen kann. Dazu zählen u.a. auch Sportverletzungen ebenso Verletzungen am Arbeitsplatz mit Maschinen usw..

Was passiert, wenn sich ein JV-Bediensteter, evtl. sogar eine schwangere Bedienstete, bei einem solchen, nicht geouteten HIV-infizierten Gefangenen im Rahmen Erster-Hilfe-Leistungen ansteckt? Allein die wochenlangen Untersuchungen bis zur endgültigen Bestätigung sind für die Bediensteten eine Qual. Regressansprüche gegenüber dem Land NRW werden durch Bedienstete aber auch von evtl. betroffenen Gefangenen nicht auszuschließen sein.

Die in Rahmen dieser Diskussionen auch erhobenen Forderungen bestimmter Einrichtungen, die Ausgabe von Spritzen an BTM-Konsumenten in den Vollzugsanstalten zu genehmigen, ist für den **BSBD** abwegig. Nicht nur negative Erfahrungen in den Hamburger Vollzugsanstalten sondern auch in der Schweiz sprechen dagegen. Die für die Bediensteten daraus resultierenden Gefahren bei evtl. Auseinandersetzungen bei Gefangenen untereinander oder gegenüber den Bediensteten sind nicht zu vertreten.

Der **BSBD** empfiehlt insoweit, sich mehr auf Betreuungs- und Behandlungsmöglichkeiten (z.B. Substitutionsprogramme) zu konzentrieren und die betroffenen Gefangenen zu einer Behandlung zu motivieren.

---

## Neue Leitlinien für den NRW-Strafvollzug - Behandlung stärken - Resozialisierung sichern

Justizstaatssekretärin Dr. Mandt und *BSBD*-Landesvorsitzender Jäkel im Gespräch über vollzugliche und personelle Entwicklungen

**Düsseldorf:** In einem sehr offenen und von gegenseitigem Respekt geprägten Gespräch zwischen Staatssekretärin Dr. Mandt und dem *BSBD*-Landesvorsitzenden Klaus Jäkel wurden alle derzeit anstehenden Probleme des NRW-Strafvollzuges eingehend diskutiert. Es bestand Einigkeit dahingehend, dass der Vollzug in NRW einer Weiterentwicklung bedarf mit dem Ziel einer Intensivierung des Behandlungsvollzuges einhergehend mit personellen Begleitmaßnahmen.

Der offene Vollzug ist ein wesentliches Element für die Resozialisierung straffällig gewordener Menschen, so die übereinstimmende Aussage beider Gesprächsteilnehmer. "Die Arbeit im Strafvollzug stellt hohe Anforderungen an die fachliche Qualifikation, das Verantwortungsbewusstsein und die Motivation des Personals. Auch haben die Vollzugsbediensteten hierbei die Unterstützung der Gesellschaft verdient," so Staatssekretärin Dr. Mandt. *BSBD*-Landesvorsitzender Klaus Jäkel forderte in diesem Zusammenhang auch eine bessere personelle Ausstattung im Werkdienst. "Hier besteht seit Jahren ein Defizit, dem dringend abgeholfen werden muss," so Jäkel der gleichzeitig entsprechende kostenneutrale Lösungsmöglichkeiten aufzeigte.

"Weiter bedarf es für das Vollzugspersonal eines zukunftsweisenden Personalentwicklungskonzeptes," so Jäkel. Dazu gehört u.a. eine Arbeitszeit- und Dienststundenregelung, die den dienstlichen und zugleich auch persönlichen Belangen der Bediensteten gerecht wird. Schädliche Auswirkungen auf das gesundheitliche Wohlbefinden und die sozialen, insbesondere familiären Bindungen von Dienst zur Nachtzeit sowie an Wochenenden und Feiertagen muss Rechnung getragen werden. Ein Einsatz zu den belastenden Zeiten muss daher auf ein Minimum beschränkt werden.

Darüber hinaus stellt die berufliche Tätigkeit im Vollzug an die körperliche Leistungsfähigkeit der Vollzugsbediensteten aller Laufbahn- und Altersgruppen hohe Anforderungen. Hier, so Jäkel, ist es eine Führungsaufgabe, das Interesse am Dienstsport zu fördern. Staatssekretärin Dr. Mandt sicherte zu, dass das Justizministerium entsprechende Maßnahmen erarbeite und demnächst dem Hauptpersonalrat Justizvollzug vorlegen werde.

Darüber hinaus wurden viele weitere aktuelle vollzugliche und personelle Probleme einer eingehenden Diskussion zugeführt. Insgesamt kann der Austausch als sehr positiv gewertet werden.

10.07.11

## **Landesjustizvollzugsschule NRW in der Kritik - Ehemalige Anwärterinnen und Anwärter erheben schwere Vorwürfe - Justizministerium veranlasst landesweite Befragung**

**Düsseldorf: Anwärterinnen und Anwärter des letzten Lehrgangs an der Landesjustizvollzugsschule NRW in Wuppertal, die am 01. Juli 2011 ihre Urkunde als Beamtinnen und Beamte z.A. erhalten haben, erheben schwere Vorwürfe gegenüber einigen Lehrern der Justizvollzugsschule. Danach sollen Schüler erniedrigt ja sogar misshandelt worden sein.**

Kaum zu glauben, was einige ehemalige Anwärterinnen und Anwärter nach bestandener Laufbahnprüfung und Erhalt ihrer Urkunde als Justizvollzugsoberssekretarinnen/e z.A. (auf Probe) über die Zeit ihrer Ausbildung an der Landesjustizvollzugsschule NRW in Wuppertal berichten. Von Misshandlungen und psychischen Druck ist die Rede. Im Mittelpunkt der Anschuldigungen stehen vier Lehrer der Justizvollzugsschule.

Weniger die den Schülern vermittelten Sicherungstechniken werden der Kritik ausgesetzt, sondern vielmehr am Rande der Veranstaltungen stehende Handlungen. **So soll z.B. ein Schüler mit dem Bauch auf dem Boden liegend an den Beinen gezogen worden sein, mit der Folge, dass die Gesichtshaut durch Erhitzung auf dem Teppichboden massiv abgeschürft wurde. Andere Schüler sollen erniedrigt und Drohungen ausgesetzt worden sein.**

Nachdem sich nun mehrere ehemalige Schüler an ihre Anstaltsleitungen gewandt haben, wurden diese Vorgänge bekannt. Auch Landtagsabgeordnete, an die sich die Betroffenen offensichtlich gewandt haben, fordern eine politische Aufarbeitung. Presse, Funk und Fernsehen berichteten und schon war der NRW-Strafvollzug erneut in den Schlagzeilen. In Internetforen des WDR melden sich immer mehr angeblich ebenfalls verletzte ehemalige Schülerinnen und Schüler der Vollzugsschule.

Der **BSBD** begrüßt die Entscheidung des Justizministeriums, neben eingeleiteten Ermittlungen durch die zuständige Staatsanwaltschaft, auch alle Anwärterinnen und Anwärter des letzten Lehrgangs durch die Anstaltsleitungen über ihre Erfahrungen anhören zu lassen.

Zwischenzeitlich haben sich auch Betroffene an den **BSBD** gewandt. Der **BSBD** ist nicht nur schockiert über die schweren Vorwürfe sondern auch betroffen dauber, dass der NRW-Strafvollzug erneut in die negativen Schlagzeilen geraten ist. "Das haben die Strafvollzugsbediensteten nicht verdient", so der **BSBD-Landesvorsitzende Klaus Jäkel** gegenüber den Medien.

**In diesem Zusammenhang gilt es aber auch festzuhalten, dass die Schüler des letzten Lehrgangs ohnehin schweren psychischen Belastungen ausgesetzt waren und immer noch sind.** So wurden z.B. die jetzt in Rede stehenden Prüflinge **während ihrer Prüfungsarbeiten** plötzlich mit der sorgenvollen Frage belastet, nach der Prüfung evtl. keine weitere Übernahme in ein Beamtenverhältnis zu erfahren. Alsdann erhielten sie zwar eine positive Mitteilung, jedoch mit dem Hinweis, eines eventuellen heimatfernen dienstlichen Einsatzes. Dann, kurz vor der wichtigen Prüfung wurde für einige Anwärterinnen und Anwärter die Personalpolitik einer "*sozialen Kälte*" eiskalt verdeutlicht, als ihnen mitgeteilt wurde, demnächst in einer über 100 km entfernten JVA mit Anfahrtswegen von zwei Stunden und mehr (ein Weg) zu erhalten.

"Auch das ist psychischer Druck, den junge Menschen nur schwer verkraften können, vor allem wenn sie Familie haben oder kranke hilfsbedürftige Angehörige pflegen müssen. Wo bleibt da die Fürsorgepflicht vor allem, wenn sie einem zuvor zugesagtem heimatnahen beruflichen Einsatz Glauben geschenkt haben. Rund 500 Euro Benzinkosten monatlich von ihrem ohnehin magerem Salär stehen nun an", so Jäkel gegenüber der Presse.

**Wir werden auch hier nicht locker lassen, hoffen aber, dass die Justizstaatssekretarin Dr. Mandt, die über diese bedauerlichen Personalmanahmen noch in der letzten Woche persönlich durch den **BSBD**-Chef informiert wurde, eine soziale Lösung finden wird.**

## **Neue Dienstkleidung für die NRW-Strafvollzugsbediensteten lässt weiter auf sich warten! - Entwurf begegnet teilweise heftigen Widerstand**

Düsseldorf: Kommt sie, oder kommt sie nicht? Diese Frage stellen sich viele NRW-Strafvollzugsbedienstete, wenn sie von einer neuen Dienstkleidung sprechen. Nun allerdings kommt Bewegung in diesen seit 2007 laufenden Vorgang. Das Justizministerium hat einen Entwurf erarbeitet, der nun dem Hauptpersonalrat Justizvollzug zugleitet wurde.

"Fest steht", so der **BSBD-Landesvorsitzende Klaus Jäkel**, "der NRW-Strafvollzug wird zukünftig mit einem blauen Outfit auf sich aufmerksam machen". Zuvor werden allerdings noch einige Hürden zu nehmen sein, sodass die Einführung für ganz NRW nicht vor Ende 2014 erfolgen kann.

Der **BSBD** begrüßt grundsätzlich die Einführung einer neuen Dienstkleidung. Allerdings gibt es zu bemängeln, dass trotz massiver Forderungen seitens des **BSBD** keine Erhöhung des Dienstkleidungszuschusses gewährt werden soll. **"Wenn also ein Dienstkleidungszwang besteht, erwarten die Strafvollzugsbediensteten auch eine Gleichbehandlung mit anderen Laufbahnen – z.B. Polizei – die ihre Kleidung kostenlos durch das Land NRW zur Verfügung gestellt bekommt"**, so Jäkel.

Auch ist nicht einzusehen, dass **nur die Dienstanfänger zur Beschaffung der neuen Dienstkleidung einen Dienstkleidungsvorschuss erhalten sollen im Gegensatz zu allen anderen Bediensteten**. Der Hinweis, man kann ja die erforderlichen Anschaffungskosten von rd. 800 € über drei Jahre ansparen, würde bedeuten, dass während dieser Zeit bei der alten noch laufenden Dienstkleidung keine Ersatzbeschaffungen (Hemden, Hosen usw.) mehr erforderlich sind.

**Darüber hinaus beabsichtigt das Justizministerium, nach einer länger als drei Monate andauernden Dienstunfähigkeit den Anspruch auf den Dienstkleidungszuschuss um ein Zwölftel des Jahresbeitrages für jeden weiteren Monat der Dienstunfähigkeit zu kürzen!** Auch hier ist Klärungsbedarf erforderlich.

Aber auch die vorgesehene Regelung, **den Leitern des allgemeinen Vollzugsdienstes und der Werkdienste das Tragen besonderer Tuchjacken und Tuchhosen zu gewähren**, kann nicht akzeptiert werden. Wenn keine Dienstrangabzeichen vorgesehen sind, warum dann ein solcher hierarchischer Unterschied?

**Bis zur Einführung der neuen Dienstkleidung werden allerdings noch einige Monate evtl. auch Jahre vergehen.** Zunächst bedarf es einer Zustimmung des Hauptpersonalrats Justizvollzug. Alsdann sind mehrere Monate für eine europaweite Ausschreibung erforderlich. Erst nach Zuschlagserteilung kann sodann das zum Zuge gekommene Unternehmen mit der Produktion der Dienstkleidung, für die nochmals rd. drei Monate zu kalkulieren sind, beginnen. Etappenweise soll dann die Kleidung ab 2012 bis 2014 eingeführt werden.

**Was würde Franz Beckenbauer sagen: "Schau'n mer mal!!!".**

05.08.11

## **Neue Dienstkleidung für die NRW-Strafvollzugsbediensteten! - Es bewegt sich was! HPR-Justizvollzug stimmt neuer Verordnung zu!**

Düsseldorf: Lange dauerten die Planungen und Verhandlungen mit dem NRW-Justizministerium. Nun wurde ein entscheidender Schritt getan! Der Hauptpersonalrat Justizvollzug hat in dieser Woche dem Entwurf einer neuen Dienstkleidungsvorschrift für die NRW-Strafvollzugsbediensteten zugestimmt.

"Vieles konnte verhindert bzw. erreicht werden. Letztendlich ändert sich für die NRW-Strafvollzugsbediensteten nur eins, die neue Dienstkleidung wird blau," so **BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel** gegenüber der Presse. Nach langem Hin und Her hat der **BSBD** in zahlreichen Gesprächen mit dem NRW-Justizministerium gravierende, und für die NRW-Strafvollzugsbediensteten nachteilige Planungen bei der Einführung einer neuen Dienstkleidung verhindern können.

**So war z.B. zunächst vorgesehen, die monatliche Auszahlung der Dienstkleidungszuschüsse mit den Dienstbezügen einzustellen. Vielmehr sollte ein Kleidergeldkonto eingeführt werden, mit dem buchmäßig monatlich der Zuschuss innerhalb eines Kalenderjahres gutgeschrieben werden sollte. Eine Übertragung von nicht in Anspruch genommenen Beträgen in das Folgejahr sollte nicht mehr möglich sein! Diese, für die betroffenen Bediensteten finanzielle negative Entwicklung konnte der BSBD auf keinen Fall akzeptieren und letztendlich auch verhindern. Es bleibt nun bei der bisherigen Regelung.**

Darüber hinaus war weiter geplant, Bediensteten des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes in Leitungsfunktionen eine zusätzliche besondere Dienstkleidungsausstattung zu gewähren wie berichtet. Auch diese auf große Ablehnung stoßende Planung konnte der **BSBD** nicht nur verhindern sondern erreichen, dass nun **allen Strafvollzugsbediensteten unter Erweiterung des Kleidungsangebots freigestellt wird, welche Kleidung getragen werden soll.**

"Wir verkennen nicht," so Jäkel, "dass es allerdings auch Kröten gibt, die wir schlucken mussten. Nur, im Großen und Ganzen, **konnten wir den Besitzstand der betroffenen Dienstkleidungsträger erhalten und das war uns besonders wichtig**".

Nun wird in den nächsten Wochen eine europaweite Ausschreibung zur Gewinnung eines Dienstkleidungsausstatters erfolgen bevor sodann **ab 2012** die ersten Kolleginnen und Kollegen die blaue Dienstkleidung erhalten werden. Es bleibt dann abzuwarten, welche Änderungen im Laufe der Übergangszeit, ähnlich wie bei der Polizei, ggfls. noch erfolgen müssen. Der **BSBD** wird auf jeden Fall sein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung richten.

29.08.11

## **Fußfesseln erfüllen nicht die Sicherheitserwartungen der Bürgerinnen und Bürger - BSBD sieht der Einführung dieser technischen Mittel kritisch entgegen**

Düsseldorf: "Elektronische Fußfesseln mögen zwar viele Funktionen erfüllen, aber ein Zugewinn an innerer Sicherung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes stellen diese nicht dar. Der beste Schutz ist und bleibt eine gelungene Wiedereingliederung durch qualifiziertes Personal in den Justizvollzugsanstalten," so *BSBD*-Landesvorsitzender Klaus Jäkel heute gegenüber der Presse.

Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen haben heute in Wiesbaden einen Staatsvertrag unterzeichnet, mit dem rückfallgefährdete Strafgefangene mit einer elektronischen Fußfessel überwacht werden sollen. Eine Zentralstelle mit Sitz im hessischen Bad Vilbel soll diese Maßnahmen kontrollieren.

**NRW-Justizminister Kutschatj** warnte zugleich vor überzogenen Erwartungen: "Die rechtlichen und technischen Möglichkeiten der Überwachung sind beschränkt," so der Minister. So räumt auch **Götz Stamm als Vertreter der Firma 3M/Elmotech** (Weltmarktführer für derartige Überwachungssysteme) ein, dass elektronische Überwachungssysteme nur dann einen Sinn haben, wenn die Verurteilten mit den Behörden kooperieren. Denn, so der Experte, die Fußfesseln lassen sich ganz einfach mit einer handelsüblichen Kabelschere durchschneiden. Deshalb können sie Straftaten auch nicht verhindern.

Während die **Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger** das Abkommen begrüßte, wird bundesweit von den Vollzugsexperten und der Polizei als bessere Lösung eine Reform der Sicherungsverwahrung propagiert. Derzeit würden nun kostenintensive aber keineswegs sichere Maßnahmen auf den Weg gebracht, die wenn überhaupt als kleiner Baustein für die Innere Sicherheit gewertet werden können.

## Anwärtersonderzuschlag wird weiter gezahlt - BSBD fordert längere Überprüfungsfristen

Düsseldorf: Nach einem dem *BSBD* zugegangenen Schreiben des NRW-Justizministeriums ist sicher, der Anwärtersonderzuschlag wird auch über den 31.12.2011 hinaus in Höhe von 50 Prozent des Anwärtergrundbetrages weiter gezahlt. "Dies ist ein großer Erfolg auch für den *BSBD*, der sich seit Jahren immer wieder für die Fortsetzung der für die jungen Kolleginnen und Kollegen wichtigen Zahlungen einsetzt," so *BSBD*-Landesvorsitzender Klaus Jäkel.

Jedes Jahr um die gleiche Zeit bedarf es einer Initiative des *BSBD* bzgl. einer Weiterzahlung des Anwärtersonderzuschlags der durch den Finanzminister auf den 31.12. eines jeden Jahres befristeten Zahlung. Lobend ist vor allen die in dieser Angelegenheit seit Jahren erfolgte Unterstützung des NRW-Justizministeriums.

***BSBD*-Landesvorsitzender Klaus Jäkel** begrüßte nun die Entscheidung des NRW-Finanzministeriums vor allem vor dem Hintergrund, dass nun zumindest bis zum 31.12. 2012 eine gewisse Qualitätssicherung bei den Bewerbern/innen für die Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes gewährleistet ist. **Der *BSBD* fordert aber in diesem Zusammenhang erneut, die kurzen, bislang jährlichen Überprüfungsfristen für die Gewährung dieses Zuschlags zu verlängern, um den betroffenen Bediensteten eine auf Dauer angelegte finanzielle Sicherheit zu bieten.**

Mit dem nun erzielten Ergebnis zeigt sich erneut, wie wichtig eine starke *BSBD*-Gewerkschaft ist, wenn es darum geht, die Probleme der Strafvollzugsbediensteten frühzeitig zu erkennen, aufzugreifen und bei den Entscheidungsträgern geeignete Maßnahmen einzufordern.

09.09.11

**BSBD-Hauptvorstandssitzung ganz im Zeichen des bevorstehenden BSBD-Gewerkschaftstages - Klaus Jäkel kündigt seinen Abschied an. Peter Brock wird einstimmig für die Wahl zum neuen NRW-Landesvorsitzenden nominiert.**

Hagen: Ganz im Zeichen des im Oktober dieses Jahres stattfindenden *BSBD*-Gewerkschaftstages stand eine *BSBD*-Hauptvorstandssitzung die geprägt war mit zahlreichen personellen Festlegungen.

Der langjährige *BSBD*-Landesvorsitzende Klaus Jäkel wird beim nächsten *BSBD*-Gewerkschaftstag am 13./14. Oktober d. J. nicht mehr für ein Amt im *BSBD*-Landesvorstand kandidieren. Diese Mitteilung kam für die aus allen NRW-Justizvollzugsanstalten angereisten *BSBD*-Mandatsträger nicht überraschend. Bereits am letzten *BSBD*-Gewerkschaftstag 2007 in Münster hatte Jäkel angekündigt, nur noch eine Periode die Aufgabe als Landesvorsitzender des mitgliederstärksten *BSBD*-Landesverbandes in Deutschland wahrzunehmen.

Seit 25 Jahren ist Klaus Jäkel Mitglied im *BSBD*-Landesvorstand den er nun seit 10 Jahren als Landesvorsitzender leitet. "Nun," so Jäkel, "ist die Zeit gekommen, dass ein jüngerer Kollege diese Aufgabe wahrnimmt." Dabei empfahl Jäkel dem Gremium als seinen Nachfolger den bereits seit vielen Jahren in alle gewerkschaftlichen Aufgaben eingeführten und sehr engagierten **stellvertretenden Landesvorsitzenden Peter Brock aus der Justizvollzugsanstalt Rheinbach. Brock ist für die Strafvollzugsbediensteten in NRW kein Unbekannter. Seit vielen Jahren ist er für die Rechtsschutzberatung der Kolleginnen und Kollegen zuständig und hat sich dabei als Interessenvertreter der ohnehin mit wenig Lobbyismus versehenen Strafvollzugsbediensteten sehr verdient und auch beliebt gemacht. Bei nahezu allen politischen Gesprächen war Peter Brock zugegen und zudem ständiger Vertreter des *BSBD* in den Medien.**

Die Kandidatur des Gewerkschafters Peter Brock zum neuen Landesvorsitzenden wurde mit großem Applaus begrüßt, so dass sich der Kollege einer breiten Mehrheit beim kommenden Gewerkschaftstag sicher sein kann.

Über die mit großen Übereinstimmungen getroffenen sonstigen Personalentscheidungen hinaus wurden die Gewerkschafter auf verschiedene anstehende Änderungen im NRW-Strafvollzug hingewiesen. Dabei fanden die Ausführungen des Landesvorsitzenden zu einer anstehenden Änderung der Arbeitszeit und Dienststundenregelung im allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst große Aufmerksamkeit. **Die Planungen des NRW-Justizministeriums zu einer verbindlichen Dienstplangestaltung als auch die Stundenberechnung über sieben Tage, die bislang nicht als Sollstunden berechnet wurden, wurden mit großer Ablehnung zur Kenntnis genommen.** Hier, so wurde deutlich, besteht für den *BSBD* bei den anstehenden Gesprächen mit dem NRW-Justizministerium kein Verhandlungsspielraum. Diese Überlegungen werden nicht akzeptiert, so die klare Aussage der Gewerkschafter!

Für den kommenden Gewerkschaftstag sind nun alle Zeichen für einen nahtlosen Wechsel in der Führungsspitze gesetzt, so dass der *BSBD*, wie bisher, seinem Anspruch als führende fachbezogene Interessenvertretung aller im NRW-Strafvollzug tätigen Bediensteten auch weiterhin gerecht werden kann.

**BSBD-Gewerkschaftstag 2011 in Düsseldorf - Gäste aus ganz Deutschland haben sich angemeldet / Großes Medieninteresse - NRW-Justizminister Thomas Kutschaty hält die Festansprache**

Düsseldorf: Unter dem Motto "*Strafvollzug stärken – Bürgerschutz verbessern*" findet am 13. und 14.10.2011 der Gewerkschaftstag des Bundes der Strafvollzugsbediensteten – Landesverband NRW – in Düsseldorf statt. Gäste aus ganz Deutschland haben sich angemeldet und das Medieninteresse ist bereits im Vorfeld der Veranstaltung ungewöhnlich groß. Darüber hinaus wurden die Mitglieder des **BSBD-Landesvorstandes** im Rahmen von Interviews zu der derzeit allgemeinen Situation im NRW-Strafvollzug befragt, wobei die Ursachen zu besonderen Vorkommnissen der letzten Wochen im Mittelpunkt der Gespräche standen.

**BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel** forderte im Vorfeld des Gewerkschaftstages die Politiker aller Landtagsfraktionen, die auch in der Festveranstaltung zu Wort kommen werden, auf, ein klares Bekenntnis zum Resozialisierungsvollzug mit allen dazu erforderlichen politischen Hilfestellungen zum Ausdruck zu bringen. **Täglich 600 erkrankte und damit dienstunfähige Strafvollzugsbedienstete landesweit allein im allgemeinen Vollzugsdienst sind ein Armutszeugnis für die Verantwortlichen des NRW-Strafvollzuges.** Die Bediensteten im NRW-Strafvollzug erwarten Ehrlichkeit, Fairness und Vertrauen im Umgang miteinander. Dies kann nicht erzeugt werden durch kostenintensive Befragungen über das Betriebsklima, sondern im täglichen Handeln. **Kürzungen bei den Zahlungen der sog. "Gitterzulage" bzw. des "Dienstkleidungszuschusses" im Falle einer Erkrankung sind ein belebtes Beispiel einer verfehlten Personalpolitik. "Damit trifft man die Falschen und nicht die, die man wirklich ansprechen will!"** so Jäkel. **"Auch die geplanten Neuregelungen bei der Dienststundenberechnung sowie die Personalausstattung in den Justizvollzugsanstalten einhergehend die Behandlung von seit Jahren anstehenden "Überstunden" im sechsstelligen Bereich sind Zeichen einer verfehlten Strafvollzugspolitik in NRW,"** so Jäkel weiter.

Insoweit werden den Reden von **NRW-Justizminister Thomas Kutschaty** sowie der rechtspolitischen Sprecher aller NRW-Landtagsfraktion (mit Ausnahme der Linken, die für die Strafvollzugsbediensteten am 13.10.2011 leider keine Zeit haben!) hohe Erwartungen entgegengebracht. Bei den Ausführungen des **BSBD-Bundesvorsitzenden Anton Bachl** wird deutlich werden, welchen Stand NRW im Vergleich zu den anderen Bundesländern im Bereich des Strafvollzuges derzeit einnimmt. Die Ausführungen des **dbb-nrw Vorsitzenden Meinolf Gunthermann** werden sicherlich im Hinblick auf die Entwicklung des Weihnachtsgeldes hier in NRW im Vergleich zu den Bundesbeamten von Bedeutung sein.

Nach der Neuwahl des gesamten **BSBD-Landesvorstandes** und des **Landesausschusses** werden die Delegierten mit weit über 150 Anträgen die Richtung des **BSBD** für die nächsten vier Jahre bestimmen. **"Der BSBD wird auch zukünftig mit der Landesregierung konstruktiv aber auch kritisch zusammenarbeiten,"** so der scheidende **BSBD-Landesvorsitzende Klaus Jäkel**.

**Strafvollzug stärken - Bürgerschutz verbessern - Gewerkschaftstag des BSBD-NRW in Düsseldorf fordert positive Signale für den Strafvollzug und die Strafvollzugsbediensteten von der Landesregierung**

**Düsseldorf: Der Gewerkschaftstag des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands - Landesverband NRW - am 13. / 14. Oktober 2011 im Hotel Radisson BLU in Düsseldorf steht unter dem Motto: "Strafvollzug stärken - Bürgerschutz verbessern".**

350 Delegierte und rund 100 Gäste aus Politik, Verwaltung und Gewerkschaften aus ganz Deutschland erwarten von der NRW-Landesregierung klare Botschaften und unmissverständliche Signale für die Zukunft des NRW-Strafvollzuges. "Wir wollen mehr Klarheit als ständige Lippenbekenntnisse, wir erwarten zukunftsweisende Perspektiven", erklärte der **Vorsitzende des BSBD-Landesverbandes NRW, Klaus Jäkel**, der nach zehn Jahren nicht mehr für eine Wiederwahl zum **BSBD-Landesvorsitzenden** hier in Nordrhein-Westfalen kandidiert.

"Ständige spektakuläre Vorkommnisse belasten den NRW-Strafvollzug. Die Leistungen der hochmotivierten und qualifizierten Strafvollzugsbediensteten werden viel zu wenig dargestellt. Der NRW-Strafvollzug ist ein leistungsfähiger, effektiver und behandlungsorientierter Strafvollzug und eine tragende Säule der Inneren Sicherheit unseres Landes", so Jäkel in der Eröffnungsveranstaltung am heutigen Tage.

**NRW-Justizminister Thomas Kutschaty** verwies mit der beginnenden Festveranstaltung in seiner Festrede auf alle Maßnahmen, die die Landesregierung in einem Jahr nach der Regierungsübernahme veranlasst hat einhergehend mit weiteren Planungen für die nächsten Jahre. Darüber hinaus hatten **alle rechtspolitischen Sprecher der im NRW-Landtag vertretenen Landtagsfraktionen** Gelegenheit, in einem Grußwort ihre Auffassung zur NRW-Strafvollzugspolitik darzulegen. **Meinolf Guntermann, Landesvorsitzender des dbb-nrw** kritisierte die Forderung des NRW-Steuerzahlerbundes nach weiteren Sanierungsopfern für die Landesbeamten: "Hier werden erneut Äpfel mit Birnen verglichen. Die Rentenversicherung ist nicht mit dem Versorgungssystem der Beamten vergleichbar. Was sollen solche populistischen Äußerungen", so Guntermann. Mit dem **BSBD-Bundesvorsitzenden Anton Bachler** hielt die Veranstaltung auch ein bundespolitisches Gewicht, da die Gesamtsituation im deutschen Strafvollzug beleuchtet wurde.

Der **BSBD-NRW**, in dem nahezu 90 % aller Strafvollzugsbediensteten des Landes NRW in 42 Ortsverbänden organisiert sind, trifft in schwierigen Zeiten zusammen. Neben Einkommensminderungen haben die Bediensteten wegen ständig neuer vollzuglicher aber auch verwaltungsintensiver Maßnahmen eine hohe Arbeitsbelastung zu ertragen. Richtige personelle Maßnahmen der Landesregierung in den ersten zwölf Monaten nach der Regierungsübernahme werden wegen der zuvor erfolgten Ausbildungsabschnitte erst in zwei bis drei Jahren greifen, so dass die Bediensteten bis dahin noch eine Durststrecke zu ertragen haben. **"Der Anstieg der Überstunden in den NRW-Justizvollzugsanstalten auf rd. 450.000 Stunden bei einem weiterhin durchschnittlichen Krankenstand von rd. 10 Prozent (täglich 600 Bedienstete) sind ein sichtbarer Beleg für die derzeitige Belastung der Bediensteten"**, so Jäkel.

Die permanenten Herausforderungen sowie die pausenlosen Abwehrkämpfe recht massiver Angriffe auf die Strafvollzugsbediensteten hätten den inneren Zusammenhalt des **BSBD-NRW** spürbar gefördert. Klaus Jäkel sieht den **BSBD** als gefestigt, reaktions- und handlungsfähig. Der Landesregierung sagt er eine weiterhin konstruktive aber auch kritische Zusammenarbeit zu.

## BSBD-Gewerkschaftstag 2011 in Düsseldorf - Peter Brock neuer Vorsitzender der Gewerkschaft Strafvollzug

Mehr als 350 Delegierte aus allen Vollzugseinrichtungen des Landes diskutierten nach Beendigung der öffentlichen Veranstaltung am 13. Oktober 2011 die künftige personelle und inhaltliche Ausrichtung der BSBD-Gewerkschaftsarbeit. Peter Brock (Rheinbach), einziger Kandidat für den Gewerkschaftsvorsitz, konnte sich über ein herausragendes Wahlergebnis freuen. Annähernd 95 Prozent der Delegierten sprachen ihm das Vertrauen aus. "Dieses Resultat", erklärte der neue Vorsitzende, "ist für mich Ermutigung und Beleg für das hohe Maß an gewerkschaftlicher Solidarität der großen Gewerkschaftsfamilie des BSBD. Auf dieser Grundlage des solidarischen Zusammenstehens werden wir gemeinsam die vor uns liegenden Herausforderungen der Zukunft im Interesse der Kolleginnen und Kollegen erfolgreich bestehen!"

Nachdem der bisherige Vorsitzende Klaus Jäkelsich nicht erneut zur Wahl stellte und sein Stellvertreter Alfred Ludemann ebenfalls für eine Wiederwahl nicht zur Verfügung stand, war die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden von Kontinuität und Erneuerung geprägt. Wiedergewählt wurden Wolfgang Römer (Hemer), Friedhelm Sanker (Herford) und Theo Wiczorek (Wuppertal). Neu zogen Ulrich Biemann (Bielefeld) und Heinz-Georg Klein (Köln) in die BSBD-Landesleitung ein. Sowohl Klaus Jäkel als auch Alfred Ludemann wurden für ihre herausragenden Verdienste um die BSBD-Gewerkschaftsarbeit durch den Gewerkschaftstag zu Ehrenmitgliedern des BSBD ernannt.

### Gewerkschaftsarbeit neu ausgerichtet

Die Delegierten des Gewerkschaftstages hatten ein umfangreiches Arbeitsprogramm zu absolvieren. Weit mehr als 150 Anträge zum Tarifrecht, zum Besoldungs- und Versorgungsrecht, zur Personalsituation sowie zur Fortentwicklung eines effizienten Strafvollzuges lagen den über 350 Delegierten der Ortsverbände zur Beratung vor. Mit großer Einmütigkeit wurden die Anträge diskutiert und verabschiedet. Dem Landesvorstand wurde damit eine konkrete Handlungsanweisung für die Gestaltung der Gewerkschaftsarbeit während der neuen Wahlperiode an die Hand gegeben. Dabei wurden die Anträge der Fachschaftsvertretungen des allgemeinen Vollzugsdienstes, des Werkdienstes und des Krankenpflegedienstes mit großer Mehrarbeit verabschiedet, die sich mit der künftigen Gestaltung dieser Laufbahnen befassten.

Durch die zahlreichen Anträge zog sich wie ein roter Faden die Auffassung, dass es mit der Zeit des Sparens endgültig ein Ende haben müsse. In den zurückliegenden zehn Jahren haben die Strafvollzugsbediensteten unter Berücksichtigung der vorgenommenen Arbeitszeitverlängerung einen Einkommensverlust von real mehr als 15 Prozent hinnehmen müssen. "Jetzt muss endlich der Fuß von der Spurbremse genommen werden. Die Strafvollzugsbediensteten sind deutlich überproportional zur Sanierung des Landeshaushalts in Anspruch genommen worden. Es ist endlich an der Zeit, dass auch die "starken Schultern" ihren Solidarbeitrag erbringen!", fasste der neue BSBD-Vorsitzende die Stimmung des BSBD-Gewerkschaftstages zusammen. Auch die gegenwärtige Finanzkrise, die sich zu einer veritablen Wirtschaftskrise ausweiten könnte, so Brock, könne nicht als Totschlagargument der Politik akzeptiert werden, die berechtigten Interessen der Strafvollzugsbediensteten noch länger zu ignorieren. "Wir werden zunächst gemeinsam mit dem dbb nrw von der Politik die Rücknahme der Kürzung des "Weihnachtsgeldes" verlangen. Erste Signale der im Landtag vertretenen Parteien stimmen uns positiv, dass wir dieses Ziel auch erreichen können", bewertete BSBD-Chef Peter Brock die aktuelle Lage.

Der Düsseldorfer BSBD-Gewerkschaftstag war geprägt von einer spürbaren Aufbruchstimmung und der Zuversicht, dass der BSBD auch künftig die berechtigten Interessen der Strafvollzugsbediensteten wirksam vertreten wird. Den Delegierten vermittelte sich überzeugend der Eindruck, beim BSBD seien die Interessen des Strafvollzuges und der Strafvollzugsbediensteten in guten Händen. Der neuen Landesleitung wurde durch den Gewerkschaftstag der dringliche Auftrag übertragen, für eine aufgabenangemessene Personalausstattung sowie für ausgewogene, leistungsorientierte Besoldungsstrukturen mit dem gebotenen Nachdruck zu streiten und einzutreten.

Von Düsseldorf geht die eindeutige Forderung aus, dass sich die Strafvollzugsbediensteten nicht mehr mit Beschwichtigungsargumenten hinhalten lassen wollen. Zu oft schon sind hehren Worten keine entsprechenden Taten gefolgt, was durchaus zu einer skeptischen Einstellung der Strafvollzugsbediensteten gegenüber den Aussagen von Politikern beigetragen hat.



Justizminister Thomas Kutschaty entwickelte den Delegierten seine Vorstellungen von der künftigen Entwicklung des NRW-Strafvollzuges.



Der neue Landesvorsitzende Peter Brock (re. Vorne), hier im Gespräch mit seinem Stellvertreter Wolfgang Römer, will die Herausforderungen der Zukunft auf der Grundlage eines starken solidarischen Zusammenhalts der BSBD-Untergliederungen meistern.

## Erste Prioritäten der Gewerkschaftsarbeit bestimmt

### BSBD-Landesleitung tritt zu konstituierender Sitzung zusammen

Nach dem BSBD-Gewerkschaftstag 2011 hat sich die Landesleitung zwischenzeitlich konstituiert. Die erste Sitzung unter der Leitung des neuen Vorsitzenden Peter Brock fand in der Justizvollzugsanstalt Ronsdorf statt. Der Vorsitzende bedankte sich bei dem Leiter der Einrichtung, Ltd. Reg.-Direktor Rupert Koch, für die ausgesprochene Einladung und die Möglichkeit, die neue Anstalt besichtigen und einige Kolleginnen und Kollegen kennen lernen zu können. In einem anschließenden Gespräch mit der Anstaltsleitung wurden jene Ronsdorfer Probleme erörtert, die mit der Inbetriebnahme einer neuen Einrichtung zwangsläufig verbunden sind. Daneben legte die Landesleitung die gewerkschaftlichen Schwerpunkte für die Arbeit der nächsten Wochen fest.



*Peter Brock*

Einmütig sprach sich die Landesleitung für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Sichtung der auf dem Gewerkschaftstag verabschiedeten Anträge aus. Der Vorsitzende sprach sich für eine akribische Auswertung der Anträge aus, weil es gelte, notwendige Prioritäten zu bestimmen und dem Mitgliederwillen die notwendige Geltung zu verschaffen. Um diesen Respekt vor den Arbeitsaufträgen des Gewerkschaftstages zu dokumentieren, übernahm **Peter Brock** selbst die Leitung der Arbeitsgruppe. Verabschiedet wurden zudem die Geschäftsordnungen für den Landesvorstand, den Landesausschuss, die Ortsverbände und die Bezirkssprecher. Damit ist der organisatorische Handlungsrahmen für die **BSBD**-Mandatsträger auf allen Ebenen der **Gewerkschaft Strafvollzug** definitiv bestimmt.

Bestimmende Themen der konstituierenden Sitzung waren der Sport der Justizvollzugsbediensteten, der Anfang Dezember 2011 mit einer modifizierten Allgemeinverfügung des Justizministeriums neu geregelt werden wird, die Neufassung der Beurteilungsrichtlinien und die Neuregelungen der Dienstkleidungsvorschrift. Besonders breiten Raum nahmen die Beurteilungsvorschriften ein. Dringend einer Klärung bedarf die Überleitung der Noten, die nach dem bisherigen System erteilt worden sind, in die künftige Notenstruktur. Der **BSBD** sieht noch einen hohen Handlungs- und Informationsbedarf bei der Gewährleistung einheitlicher Wertmaßstäbe. Schließlich bleiben Beurteilungen auch dann subjektive Werturteile, wenn die Benotungen auf ein scheinbar objektiveres Punktesystem umgestellt werden. Gerade dieser Gesichtspunkt ist für die Kolleginnen und Kollegen von besonderer Bedeutung, wenn sie sich behördenübergreifend um Beförderungssämter bewerben wollen. Der **BSBD** wird in dieser Hinsicht strikt darauf achten, dass die Rechte und Interessen der Kolleginnen und Kollegen in diesem Prozess gewahrt werden. Das Streben nach Chancengleichheit für alle Kolleginnen und Kollegen sieht der **BSBD** als eine herausragende Führungsaufgabe der Behördenleitungen an, die unmittelbaren Einfluss auf das jeweilige Betriebsklima in den Vollzugseinrichtungen hat.

In Bezug auf die neue Dienstkleidung der Justiz machte **BSBD-Chef Brock** darauf aufmerksam, dass insgesamt eine nur halbherzige Problemlösung gefunden worden sei. Sachgerechter wäre es gewesen, den **BSBD**-Vorschlag zu realisieren, statt der Beschaffung einer Dienstkleidung auf Zuschussbasis eine landeseigene Uniform einzuführen. Hiermit hätte erstmals im Vollzug ein einheitliches Erscheinungsbild garantiert werden können. Bei einer Zuschussregelung dürften etliche Uniformträger permanent auf der Suche nach kostengünstigen Alternativen für verschleißanfällige Dienstkleidungsstücke sein. Abgesehen von der Umstellungsphase würden sich auch Kosten reduzieren lassen, wenn die Strukturen der Polizei auch für die Justiz genutzt werden könnten.

Der Vorsitzende legte der Landesleitung umfangreiche Berechnungen vor, die belegen, dass die Realisierung dieses Vorschlages bei gleichzeitiger Streichung des Dienstkleidungszuschusses eine in finanzieller Hinsicht vertretbare Regelungsalternative darstellt. Dieses für Strafvollzugsbedienstete so sehr emotionsbeladene Thema wird der **BSBD** nochmals aufgreifen, um nach Lösungsmöglichkeiten für die dargestellten Positionen in Verhandlungen mit der Politik zu suchen

## Hat der Mindestlohn erstmals eine Realisierungschance?

Dass jeder Mensch seinen Lebensunterhalt mit seiner Arbeitskraft finanzieren können muss, ist für Gewerkschafter ein eherner Grundsatz und soziales Menschenrecht. Bislang war es politisch noch nicht durchsetzbar, einen allgemeinen Mindestlohn in der Bundesrepublik Deutschland einzuführen, von dem man leben kann und der eine indirekte Subventionierung der Wirtschaft vermeidet. **DBB** und **BSBD** setzen sich seit Jahren für einen allgemeinen Mindestlohn ein. Jetzt scheint diese Entlohnungsuntergrenze erstmals eine realistische Realisierungschance zu besitzen.



*Ein Mindestlohn ist ein geeignetes Instrument, um sicherzustellen, dass Arbeitnehmer von ihrer Hände Arbeit auch tatsächlich leben können.*

Die derzeit bestehenden Möglichkeiten der Festlegung von Lohnuntergrenzen in einzelnen Branchen haben sich nach Einschätzung von **DBB** und **BSBD** als unzureichend erwiesen. Besonders begrüßt der **BSBD** die Initiative des Bundesvorsitzenden der **CDA**, **Karl-Josef Laumann**, auf dem Bundesparteitag der **CDU** in Leipzig eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze für alle Branchen beschließen zu lassen. **BSBD**-Chef **Peter Brock** sieht in dem Vorstoß des **CDA**-Vorsitzenden eine gute Basis, in Branchen, in denen keine Tarifbindung besteht und in denen Gewerkschaften wegen des geringen Organisationsgrades der Arbeitnehmer keine realistische Möglichkeit haben, eine Lohnuntergrenze im Verhandlungswege zu erreichen, einen Mindestlohn gesetzlich durchzusetzen.

Die durch die **CDU** mit 6,90 € bezifferte Lohnuntergrenze sieht der Gewerkschafter als diskussionswürdig an. **Brock** kann sich jedoch mit dem **CDU**-Vorschlag anfreunden, die Höhe durch eine Mindestlohn-Kommission aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern ermitteln zu lassen. **Brock**: "In den Branchen, in denen ein Kräftegleichgewicht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht mehr besteht, muss der Staat dafür sorgen, dass eine angemessene Lohnuntergrenze gefunden wird. Diese Untergrenze ist aber auf jeden Fall so zu bemessen, dass der Lebensunterhalt ohne ergänzende Sozialleistungen bestritten werden kann".

Nach Einschätzung des **BSBD**-Vorsitzenden wäre ein solcher Mindestlohn auch für den Bereich des Strafvollzuges von wesentlicher Bedeutung. Zwar befinde sich die Teilprivatisierung vollzuglicher Leistungen auf dem Rückzug, doch fänden sich immer noch neoliberale Politiker, die in ideologischer Verblendung teure Experimente auch dann riskierten, wenn ein finanzieller Mehrwert kaum zu erwarten sei. "Bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes verlieren die rechtlich sehr problematischen Teilprivatisierungen im Strafvollzug wesentlich an Attraktivität, weil die derzeit gering bezahlten privaten Sicherheitskräfte dann deutlich höher entlohnt werden müssten", begrüßte **Peter Brock** das Umdenken der **CDU** beim Mindestlohn.

## JVA Ronsdorf macht sich fit für den Vollbetrieb

Bis zum März 2012 hat die neue Jugendanstalt Schonfrist, bis sie die annähernd volle Auslastung ihrer Kapazität zu bewältigen haben wird. Ursächlich für ihre Errichtung war die Einführung des Prinzips der Einzelunterbringung im Jugendstrafvollzug. Nach dem Siegburger Foltermord im Jahre 2006 hatte sich die Landesregierung entschlossen, dieses Prinzip gesetzlich im Jugendstrafvollzugsgesetz zu verankern. In Wuppertal-Ronsdorf ist zwischenzeitlich wohl eine der modernsten Vollzugseinrichtungen der Bundesrepublik entstanden, die eine angemessene Infrastruktur für die Gestaltung eines effizienten Jugendvollzuges zur Verfügung stellt.

Die BSBD-Landesleitung hatte jetzt Gelegenheit, sich persönlich ein Bild von den örtlichen Gegebenheiten zu machen. Beeindruckt zeigten sich die Gewerkschafter von der Weitläufigkeit und klaren funktionalen Gliederung der Einrichtung. Sie bietet gute Möglichkeiten zu einer anstaltsinternen Differenzierung der Gefangenengruppen, ermöglicht gleichzeitig aber auch die Durchführung größerer Veranstaltungen. Nicht ohne Stolz präsentierte der Leiter der Einrichtung, **LRD Rupert Koch**, die nahezu optimalen Möglichkeiten, die in Ronsdorf für die Gestaltung eines effektiven Jugendvollzuges geschaffen worden sind.

Gleichzeitig verschwieg er nicht jene Probleme, die zwangsläufig mit der Inbetriebnahme einer völlig neuen Einrichtung verbunden sind. Zunächst müssen sich die Kolleginnen und Kollegen kennenlernen und zu einer Einheit zusammenwachsen, damit sie nicht durch die Gefangenen gegen einander ausgespielt werden können. Ein solcher Prozess benötigt Zeit, Verständnis und Engagement, der aber wohl nicht ganz ohne "Reibungsverluste" abgehen wird. Durch die tägliche Zusammenarbeit der einzelnen Kolleginnen und Kollegen sowie der unterschiedlichen Berufsgruppen wird dieser Mangel jedoch von Tag zu Tag kleiner.

Neben diesen allgemeinen Schwierigkeiten sprach der Leiter das Problem an, dass der Einrichtung erfahrene Vollzugskräfte in den Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und Werkdienst in nicht ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Lediglich 25 Prozent könnten als „alte Hasen“ bezeichnet werden, während die restlichen 75 Prozent in der Regel über nicht mehr als vier Dienstjahre verfügten. Viele dieser Kräfte hätten gerade einmal ihre Laufbahnprüfung erfolgreich bestanden.

Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, erklärte **Koch**, seien alle hoch motiviert und stellten sich ihren neuen Aufgaben mit großem Optimismus und bewundernswertem Engagement. Trotzdem wäre es mehr als wünschenswert, wenn speziell die Nachwuchskräfte während der ersten Monate ihres Einsatzes im Jugendvollzug durch erfahrene Kräfte aus den Jugendvollzugsanstalten des Landes begleitet werden könnten. Die erfahrenen Kräfte des eigenen Personals würden dringend benötigt, um ein auf die Ronsdorfer Verhältnisse abgestimmtes Organisationsstatut zu erarbeiten.

Bislang sei er mit seinen Versuchen gescheitert, Freiwillige für diese Aufgabe zu finden. Er hoffe nun auf die Unterstützung der Administration und der bestehenden Jugendanstalten. Es dürfe nicht sein, dass Berufsanfänger mit kaum zu bewältigenden Problemen konfrontiert würden. Hier sei zeitlich befristeter fachlicher Beistand unumgänglich. **BSBD-Chef Peter Brock** sicherte dem Leiter der Ronsdorfer Jugendanstalt seine Unterstützung zu. Im Interesse des Vollzuges und der Kolleginnen und Kollegen, stellte der Gewerkschafter klar, müssten alle Verantwortlichen es als ihre Verpflichtung empfinden, bestmögliche Rahmenbedingungen für die neue Einrichtung zu schaffen und sie nicht mit den unvermeidlichen Anlaufproblemen allein zu lassen.



*Die JVA Wuppertal-Ronsdorf bietet beispielhafte Möglichkeiten zur schulischen und beruflichen Förderung junger Straftäter, aber auch einen hohen Sicherheitsstandard zum Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten.*

## BSBD gewinnt Personalratswahl beim JVK Fröndenberg

Nachdem die bisherige Personalratsvorsitzende Andrea Krehl (BSBD) wegen der Übernahme von Leitungsverantwortung den Vorsitz des örtlichen Personalrates niedergelegt hatte, ein anderes Personalratsmitglied für die Übernahme dieses Amtes allerdings nicht zur Verfügung stand, entschloss sich der Personalrat zum kollektiven Rücktritt, um den Weg für Neuwahlen frei zu machen. Ende November hat die Wahl stattgefunden. Von den neun zu vergebenden Sitzen entfielen fünf auf den BSBD, drei auf eine freie Liste und 1 Sitz auf die gewerkschaftliche Konkurrenz von Ver.di. Anlässlich der konstituierenden Sitzung wurde Peter Wolff (BSBD) zum neuen Vorsitzenden gewählt, Nobert Rüller und Andrea Krehl (beide BSBD) zu stellvertretenden Vorsitzenden. Petra Würfel und Andre Hesse komplettieren die BSBD-Mannschaft im Personalrat des Justizvollzugskrankenhauses Fröndenberg.

Mit diesem Wahlergebnis hat der BSBD seine Stellung als führende gewerkschaftliche Interessenvertretung beim Justizvollzugskrankenhause Fröndenberg weiter festigen und ausbauen können. Während der BSBD in der Gruppe der Beamten einen erdrutschartigen Sieg einfahren konnte, waren in der Gruppe der Beschäftigten Stimmenverluste zu verkraften. Viele Kolleginnen und Kollegen sprachen sich für eine gewerkschaftlich nicht gebundene Freie Liste aus.

Mit Peter Wolff (BSBD) übernimmt ein ausgewiesener Vollzugsfachmann die Leitung des Fröndenberger Mitbestimmungsgremiums. Er und seine Mannschaften sehen ihre wesentliche Aufgabe darin, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen gegenüber der Krankenhausleitung und der Administration der Justiz wirksam und effektiv zu vertreten. Die Fröndenberger Personalvertretung kann sich dabei auf die Strukturen und die Fachkompetenz der Gewerkschaft Strafvollzug stützen, was die Schlagkraft und die Durchsetzungsfähigkeit des Personalrats nachdrücklich verbessert.

Durch eine ausschließlich an der Sache orientierte Aufgabenwahrnehmung wollen die BSBD-Vertreter auch all jene Kolleginnen und Kollegen überzeugen, die sich anlässlich der Wahl noch nicht für die BSBD-Listen ausgesprochen haben. Peter Wolff sieht seine Aufgabe darin, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen zu bündeln, unterschiedliche Auffassungen und Meinungsgegensätze miteinander zu versöhnen und möglichst tragfähige Kompromisse entwickeln, damit ein gerechter Interessenausgleich in Verhandlungen mit der Leitung des JVK Fröndenberg realisiert werden kann.

Die Personalratswahl hat dem BSBD eine deutliche Stimmenmehrheit beschert. Dieser große Vertrauensbeweis wird für die BSBD-Mandatsträger Verpflichtung und Ansporn sein, den berechtigten Anliegen der Kolleginnen und Kollegen verstärkt Geltung zu verschaffen. Für das den Kandidatinnen und Kandidaten des BSBD ausgesprochene Vertrauen bedankt sich der BSBD ganz herzlich. Auch wenn der Personalrat überwiegend für die Wahrnehmung von Kollektivinteressen zuständig ist, so stehen die Mandatsträger des BSBD den Kolleginnen und Kollegen auch als hilfreiche Wegbegleiter und Ratgeber in einem schwierigen Berufsfeld zur Verfügung.



*Peter Wolff (BSBD) ist neuer Personalratsvorsitzender beim Justizvollzugskrankenhaus Fröndenberg.*



*Die Kolleginnen und Kollegen des Vollzugskrankenhauses haben einen neuen Personalrat gewählt und die BSBD-Mandatsträger mit einer beachtlichen Stimmenmehrheit ausgestattet.*

## BSBD-Landesleitung im Gespräch mit der SPD - Neues Dienstrecht ist großes Reformprojekt der Landesregierung in 2012

Bereits kurz nach dem BSBD-Gewerkschaftstag suchte der rechtspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Sven Wolf MdL, den Meinungsaustausch mit der BSBD-Landesleitung. In den zurückliegenden Jahren waren die in den 1990er Jahren sehr intensiven Kontakte etwas abgekühlt. Unvergessen ist die sehr ziel- und ergebnisorientierte Zusammenarbeit mit dem damaligen stv. SPD-Fraktionsvorsitzenden Ernst-Martin Walsken. Viele richtungsweisende Reformschritte im Personal-, Dienstrechts- und Besoldungsbereich konnten seinerzeit zugunsten des Strafvollzuges und seiner Beschäftigten unternommen und realisiert werden. BSBD-Chef Peter Brock unterstrich eingangs des Gespräches das große Interesse des BSBD an der Fortführung einer konstruktiven Zusammenarbeit.

Sven Wolf bekräftigte sein Interesse an einem regelmäßigen für beide Seiten nutzbringenden Meinungsaustausch. Politik könne nur sinnvoll und effektiv gestaltet werden, wenn man die regelungsbedürftigen Fragestellungen und Probleme in ihrer ganzen Komplexität durchdrungen habe, erklärt der Sozialdemokrat. Von daher sei das Gespräch mit Betroffenen unverzichtbar.

Peter Brock sprach zunächst die Dienstrechtsreform an. Hierzu erreichten den BSBD sehr unterschiedliche Signale, erklärte der Vorsitzende. Durch den Übergang der Gesetzgebungskompetenz vom Bund auf die Bundesländer sei seit nunmehr fünf Jahren Stillstand hinsichtlich der strukturellen Weiterentwicklung der Laufbahnen des Strafvollzuges eingetreten. Allenthalben schalle es den Interessenvertretungen entgegen: "Das regeln wir im Rahmen der Dienstrechtsreform!" Wenn dieses Reformvorhaben jetzt nicht zeitnah angegangen werde, so der BSBD-Chef, würden die berechtigten gewerkschaftlichen Forderungen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben und das sei nicht akzeptabel.

MdL Wolf erklärte zu dieser Problematik, dass die Reform bereits im kommenden Jahr mit Hochdruck in Angriff genommen werden solle. Eckpunkte der Reform seien durch die Fraktion noch nicht festgelegt worden. Im Hinblick auf die Durchführung des Vorhabens werde das gleiche Verfahren gewählt, das sich bereits bei der Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes so überaus bewährt habe. Die Gewerkschaften sollen frühzeitiger und maßgeblich beteiligt werden. Angesichts der Problematik, sehr unterschiedliche Laufbahnen – wie sie bereits in dem kleinen Bereich des Strafvollzuges anzutreffen seien - in ein neues System eingliedern zu müssen, sagte der rechtspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion die frühzeitige Beteiligung des BSBD zu. Hier, so der Vorschlag, solle man in einen permanenten Meinungsaustausch eintreten.

Im Hinblick auf die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der "Gitterzulage", der Rücknahme der Kürzungen bei der Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) und der Verbesserung der Stellenobergrenzen im mittleren Verwaltungsdienst und den Laufbahnen des gehobenen Dienstes verwies der Parlamentarier auf die Beratungen zur Dienstrechtsreform. Es mache keinen Sinn, jetzt noch eine Übergangsregelung zu entwickeln, wenn das große Reformpaket in Kürze in Angriff genommen werde.

Seitens der Mitglieder der Landesleitung wurde darauf hingewiesen, dass für die Laufbahngruppen des gehobenen und höheren Dienstes die Ruhegehaltsfähigkeit der Zulage bereits 2007 ausgelaufen sei und jetzt auch für die Laufbahngruppe des mittleren Dienstes ende. Wenn mit der Dienstrechtsreform die Ruhegehaltsfähigkeit der "Gitterzulage" wiederhergestellt werde, dann sei es ein Gebot der Fairness, auch für jene Personengruppe eine tragfähige Regelung zu finden, die wegen des Wegfalls der Ruhegehaltsfähigkeit ein niedrigeres Ruhegehalt bezögen. MdL Wolf sicherte zu, dass auch diese Problematik im Blick behalten werden müsse. Der BSBD werde aber ausgiebig Gelegenheit erhalten, diese Forderung vorzutragen. Hierzu wurde vereinbart, zu weiteren Gesprächen auch Innenpolitik der SPD-Fraktion hinzuzuziehen.

Peter Brock forderte den Parlamentarier im weiteren Verlauf des Gespräches auf, in seiner Fraktion nachdrücklich für eine einheitliche Arbeitszeit für alle Statusgruppen im öffentlichen Dienst des Landes zu werben. Im Schichtdienst des Strafvollzuges, so Brock, stellten sich aufgrund der unterschiedlichen Arbeiten immer wieder vermeidbare Probleme ein. MdL Wolf betonte, dass er sich für eine einheitliche Arbeitszeit einsetzen und verwenden werde.

Neben den dargelegten Personal- und Arbeitszeitfragen war ein weiteres bestimmendes Thema des Gesprächs die neue Dienstbekleidung der Justiz und der von vielen Beschäftigten geäußerte Wunsch, entsprechend den Polizeibeamten durch eine zentrale Ausgabestelle eingekleidet zu werden. Der BSBD-Vorsitzende Peter Brock wies darauf hin, dass zwischen dem Hauptpersonalrat Strafvollzug und dem Justizministerium zwar eine Kompromissformel entwickelt worden sei, der BSBD halte diese für nicht dauerhaft tragfähig. Der BSBD habe dem Justizminister deshalb vorgeschlagen, den Strafvollzugsbediensteten auf gesetzlicher Grundlage die Dienstkleidung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Nur durch eine solche Regelung sei unausgesetzt sicherzustellen, dass eine einheitliche, funktionsgerechte Dienstkleidung eingeführt werde, mit der sich die Strafvollzugsbediensteten auch in der Öffentlichkeit sehen lassen könnten, ohne verständnislose Blicke von Passanten zu ernten. In etlichen kleinen Bundesländern seien vorbildliche Verfahren gefunden worden. Da müsste es doch Nordrhein-Westfalen möglich sein, eine sachgerechte Regelungsalternative zu entwickeln, warb der BSBD-Chef um Unterstützung.



Am 08. Dezember 2011 trafen (von links) Ulrich Biermann, Peter Brock, MdL Sven Wolf, Fraktionsreferentin Andrea Soboll und Theo Wieczorek zu einem intensiven Meinungsaustausch zusammen.

Zum Abschluss des in harmonischer Atmosphäre geführten Gespräches vereinbarten die Gesprächspartner Anfang des kommenden Jahres den Meinungs­austausch fortzusetzen, um für die drängenden Probleme des Strafvollzuges konsensfähige Lösungen zu entwickeln.

23.12.11

## Zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel

Liebe Kolleginnen!

Liebe Kollegen!



*Peter Brock*

Die bevorstehenden Festtage bieten mir willkommenen Anlass, mich bei allen unseren Mandatsträgern, die ehrenamtlich für unsere gemeinsamen Interessen eintreten, herzlich zu bedanken. Sie stellen mit Ihrem Engagement und Ihrem Einsatz sicher, dass der BSBD seinen hohen Organisationsgrad festigen und ausbauen konnte. Damit haben Sie die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Stimme der Berufsgruppenminderheit der Strafvollzugsbediensteten in den sich abzeichnenden künftigen Verteilungskämpfen nicht überhört werden kann.

All jenen, die auch kritisch auf die Gewerkschaftsarbeit blicken, gebe ich zu bedenken, dass solidarisches Zusammenstehen vorrangig dann gefordert ist, wenn die Zeiten schwierig sind. Wir haben in den zurückliegenden Jahren die Erfahrung machen müssen, dass uns schmerzhaft finanzielle Sonderopfer zugemutet worden sind. Jetzt auf solidarisches Zusammenstehen und das Kämpfen für unsere ureigensten Interessen zu verzichten, würde die Politik sicherlich als "Einladung" verstehen, dem öffentlichen Dienst dauerhaft die Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung vorenthalten zu können. So leicht sollten wir es den Politikern in unserem wohlverstandenen eigenen Interesse nicht machen.

Jeder neue Zeitabschnitt stellt uns vor neue Aufgaben. Trotz der 2011 deutlich verbesserten finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird es großer Kraftanstrengungen bedürfen, wenn wir die Gewerkschaftsarbeit in der Erfolgsspur halten wollen. Dabei hoffe ich auf Ihre Unterstützung.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die sich an Weihnachten und über den Jahreswechsel im Einsatz für die Sicherheit unserer Gesellschaft befinden, wünsche ich einen komplikationsfreien Dienstverlauf.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein ruhiges, besinnliches Weihnachtsfest und ein schönes neues Jahr!

Ihr/Euer

Peter Brock

Landesvorsitzender

## Der Hammer des Jahres! - Rückt die Dienstkleidung für den allgemeinen Vollzugsdienst und den Werkdienst in weite Ferne?

Nachdem die Forderung des **BSBD** nach einer angemessenen, funktionsgerechten Dienstkleidung seit 2007 im Raum steht, fand im April 2009 ein abschließendes Spitzengespräch zwischen der damaligen Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) und Vertretern der **BSBD**-Landesleitung statt. In diesem Gespräch wurde Einvernehmen über die notwendigen Schritte zur Einführung einer neuen Dienstkleidung erzielt. Die Ministerin unterstützte die Forderung der Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen nach einer Eins-zu-eins-Übernahme der Polizeiuniform und des dort angewandten Beschaffungsverfahrens. Es sollte folglich eine Kleiderkammer und eine unentgeltliche Verfügbarkeit der Dienstkleidung realisiert werden.



*Kaum mehr zu bekommen: die alte Dienstkleidung!*

Die getroffenen Absprachen wurden durch Justizministerin Müller-Piepenkötter und den **BSBD**-NRW mehrfach öffentlich verbreitet und bestätigt. Die Administration des Justizministeriums hat noch Anfang 2011 Vertretern der **BSBD**-Landesleitung gegenüber erklärt, man sei auf einem guten Weg, die Ausschreibung befinde sich im Stadium der Vorbereitung und die Einführung einer neuen Dienstkleidung begegne nach Beteiligung der Mitbestimmungsgremien keinen nennenswerten Problemen mehr.

Das Justizministerium legte am 26.04.2011 einen ersten Entwurf einer Dienstkleidungsvorschrift vor. Im Rahmen der Mitbestimmung konnten notwendige Modifikationen dieses Entwurfs erreicht werden, so dass sie am 18. August 2011 durch das Ministerium in Kraft gesetzt wurde.

Obwohl der Strafvollzug einige "Kröten" schlucken musste, waren letztlich alle Beteiligten froh, den "Gordischen Knoten" auf dem Weg zu einer neuen Dienstkleidung durchschlagen zu haben. Wegen der anhaltenden Diskussion um eine neue Dienstkleidung und der damit verbundenen Planungsunsicherheit hatten sich die bisherigen Lieferanten bereits weitgehend aus der Lieferung alter Dienstkleidungsstücke verabschiedet. Es wurde und ist immer schwieriger, dringend erforderlichen Ersatzbedarf noch tatsächlich befriedigen zu können. Deshalb sollte die Einführung der neuen Dienstkleidung auch nach den bisherigen Planungen am 01. Januar 2012 starten.

Routinemäßig hat sich der **BSBD** im November 2011 beim Justizministerium nach dem Verfahrensstand erkundigt. Erwartet hatten wir die Bestätigung der abgesprochenen Terminplanung, erhalten haben wir die Mitteilung, dass die Einführung der neuen Dienstkleidung erhebliche Schwierigkeiten bereitet und sich zeitlich verzögern werde. So sei die Ausschreibung noch nicht erfolgt, weil Musterschutz und Qualitätsanforderungen Probleme bereiteten.

Es wirkt schon etwas befremdlich, wenn die Ausschreibung zunächst komplikationslos zu laufen scheint, Schwierigkeiten aber gerade dann auftreten, wenn der Abschied von der alten Dienstkleidung öffentlich erklärt worden ist und sich die bisherigen Lieferanten aus diesem Geschäftsfeld verabschiedet haben. Geschickter wäre es sicher gewesen, zunächst die Ausschreibung für die neue Dienstkleidung durchzuführen, bevor man das Ende der alten Dienstkleidung verkündet. Die Kolleginnen und Kollegen werden in den kommenden Monaten vor dem Problem stehen, Ersatzbeschaffung nicht mehr realisieren zu können und deshalb nach Ausweichlösungen suchen müssen.

Ein solcher Zustand, wie er sich derzeit abzeichnet, ist nach Einschätzung des **BSBD** weder tolerierbar noch akzeptabel. Es ist absehbar, dass Nachwuchskräfte nicht mehr angemessen mit Dienstkleidung versorgt werden können. In dieser Situation ist es müßig, nach Schuldigen für diese unhaltbare Entwicklung zu suchen. Jetzt sind Lösungen gefragt.

Der **BSBD** hält es deshalb für geboten, nochmals die Frage zu prüfen, ob die Justiz sich nicht doch dem Beschaffungsverfahren der Polizei anschließen kann. Bei etwas guten politischen Willen sollte dieser Weg eröffnet werden können, auch wenn es Widerstände zu überwinden gilt. In jedem Fall muss jedoch sichergestellt werden, dass die Kolleginnen und Kollegen künftig nicht noch uneinheitlicher gekleidet sind, als dies ohnehin bereits der Fall ist. Die Kolleginnen und Kollegen erwarten dabei nichts Unmögliches, sondern einfach nur, dass ihnen eine qualitativ und optisch ansprechende und zudem funktionsgerechte Dienstkleidung zur Verfügung steht.

Anlässlich des **BSBD**-Gewerkschaftstages im Oktober dieses Jahres haben die Politiker aller im Landtag vertretenen Parteien das Erfordernis beschrieben, mehr für die öffentliche Außerdarstellung des Strafvollzuges tun zu wollen. Bei der Dienstkleidung ergibt sich unverhofft ein sinnvolles Betätigungsfeld. Jetzt muss die Politik ihren Worten Taten folgen lassen. Zu Beginn des neuen Jahres wird der **BSBD** nochmals einen Verstoß unternehmen, um zu erreichen, dass die Dienstkleidung den Kolleginnen und Kollegen künftig unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird.

Liebe Kollegin!

Lieber Kollege!

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien einen guten Übergang ins neue Jahr. Den Verantwortlichen in Politik und Administration gebe ich zu bedenken, dass es die Kolleginnen und Kollegen des allgemeinen Vollzugsdienstes sind, die rund um die Uhr einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, damit die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sicher und in Ruhe schlafen oder – wie vermutlich an Silvester –

das neue Jahr feierlich begrüßen können.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die sich an Silvester und an Neujahr im Einsatz für die Sicherheit unserer Gesellschaft befinden, wünsche ich einen Dienst ohne Komplikationen.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein glückliches neues Jahr und die Realisierung aller selbstgesteckten Ziele

Ihr/Euer

Peter Brock

Landesvorsitzender